

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katharina Schulze
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Toni Schuberl
Abg. Florian Streibl
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Martin Hagen
Abg. Markus Blume
Abg. Julika Sandt
Abg. Andreas Winhart
Abg. Florian Siekmann
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Martin Böhm
Abg. Helmut Markwort
Abg. Raimund Swoboda
Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

"Für ein starkes und freies Europa"

Das Wort hat der Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Sonntag ist Europawahl. Es wird – wir haben es gerade schon gehört – eine wichtige Weichenstellung. Bei einer Landtags- oder Bundestagswahl wären die Hektik und die Spannung groß; doch man hat den Eindruck, bei dem einen oder anderen besteht zu wenig Interesse an dieser Wahl. Deswegen dienen heute die Regierungserklärung und die Aussprache im Landtag dazu, einen Appell zu setzen, wählen zu gehen und demokratisch zu wählen. Meine Damen und Herren, gefährden wir nicht aus Langeweile oder Desinteresse die Zukunft Europas! Es wäre ein historisches Versagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Denn viele – ich finde, zu viele – haben sich zum Ziel gesetzt, Europa schlechtzureden, zu verunsichern oder vielleicht sogar zu zerstören. Das Geschäftsmodell jener politischen Kräfte ist eindeutig: Sie wollen unsere europäischen Werte verächtlich machen, Chaos anrichten und sich dann als Retter in der Not präsentieren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das Chaos haben Sie angerichtet! – Alexander König

(CSU): Wer fühlt sich denn da angesprochen?)

Dem müssen wir entschieden entgegentreten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ein Europa der FPÖ, des Front National, Herrn Wilders', Herrn Salvinis und auch der AfD ist nicht unser Europa, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollen ein anderes Europa.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP –
Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich finde, das Beispiel der FPÖ zeigt: Wiederholt sind Rechtspopulisten nicht geeignet, seriös Verantwortung zu übernehmen; ihnen mangelt es an Integrität, sie neigen zu Machtmissbrauch, sie glauben, der Staat habe ihnen zu dienen und nicht sie dem Staat. Deswegen ist ganz klar, in welchem Land, in welcher Kommune auch immer, aber vor allem in Europa: Es darf keine Zusammenarbeit demokratischer Parteien mit Rechtspopulisten geben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Ich finde es richtig, dass der Bundeskanzler in Österreich die Koalition mit der FPÖ beendet hat. Aber ich finde – ich glaube, das ist wichtig und sei an dieser Stelle angemerkt –, für die Glaubwürdigkeit der Demokraten insgesamt ist entscheidend, dass alle ihre Koalitionen mit der FPÖ beenden. Das ist ein Appell auch an die SPÖ, das zu beenden. Ich sage Ihnen: Es wäre ein gewisser Treppenwitz der demokratischen Geschichte, wenn nach einem solchen wirklich tiefgreifenden Erlebnis und einer solchen Erschütterung der Demokratie in Österreich SPÖ und FPÖ gemeinsam in einem destruktiven Votum den Demokraten Kurz stürzen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Jeder muss seine glaubhafte Verankerung haben. Alle müssen es tun. Deswegen der Appell an alle Demokraten, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum sind wir in Europa?

(Dr. Ralph Müller (AfD): Machen Sie Politik für Bayern, nicht für Österreich! Das ist nicht Ihr Gebiet!)

– Herr Müller, ein Einstecktuch ersetzt nicht gutes Benehmen, um das einmal in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Heiterkeit bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP –
Dr. Ralph Müller (AfD): Ja, ja!)

Warum sind wir – ich glaube, das gilt für eine überragend große Zahl von Personen hier im Raum – für Europa, trotz mancher Schwächen und Herausforderungen? – Europa ist zunächst – das darf man nie vergessen – ein Friedensprojekt. Nie zuvor gab es eine so lange Phase des Friedens auf unserem Kontinent. Gerade wir in der Mitte Europas haben dieser Einigung besonders viel zu verdanken.

Vergessen wir nicht: Europa ermöglichte nach dem Zweiten Weltkrieg dem freien Teil Deutschlands die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft, und Europa ermöglichte nach dem Fall der Berliner Mauer ganz Deutschland und ganz Osteuropa die friedliche Wiedervereinigung. Ich finde, meine Damen und Herren, es lohnt sich immer wieder, das darzustellen und den vielen jungen Menschen zu sagen, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist und dass man dafür täglich mit Geduld und Respekt vor anderen Staaten und Völkern arbeiten muss. Frieden gibt es nicht mit Ignoranz oder Arroganz, sondern Frieden ist harte Arbeit, und wir wollen ihn in Europa erhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Europa ist Friedens-, aber auch Freiheitsgarant: Freier Warenverkehr, Reisefreiheit, Dienstleistungsfreiheit und freier Zahlungsverkehr sind Grundpfeiler der EU; das sind alles historische Errungenschaften und keine Selbstverständlichkeit. Dass wir uns in Europa frei bewegen und frei entscheiden können, wo wir leben und arbeiten, meine

Damen und Herren, ist etwas ganz Besonderes. Ich möchte es ausdrücklich sagen, auch wenn es immer wieder viele Diskussionen gegeben hat: Dass wir in vielen Ländern mit einer gemeinsamen Währung zahlen können, mit dem Euro, der oft herausgefordert war, aber der sich am Ende als eine der stabilsten Währungen der Welt gehalten hat, ist etwas ganz Besonderes.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Ich kann Ihnen nur sagen: Der Euro ist insgesamt ein Erfolg.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Lächerlich!)

Es ist eine große Leistung von Helmut Kohl, Theo Waigel und vielen anderen, dass der Euro in Europa eine so stabile Währung geworden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frieden, Freiheit, aber auch Wohlstand – Europa ist die Grundlage dafür, dass es uns wirtschaftlich gut geht. Vom Binnenmarkt profitiert jeder einzelne von uns ganz persönlich. Die Bertelsmann Stiftung hat neulich ausgerechnet, dass für die Bayern pro Kopf und pro Jahr ein Einkommenszuwachs von fast 1.100 Euro ansteht. Wir sind nämlich ein Exportland. Mehr als die Hälfte der bayerischen Industrieprodukte werden exportiert, die Hälfte davon wiederum in die Staaten der EU. Wir können gar nicht alle Autos, die wir in Bayern produzieren, selber kaufen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Wir produzieren bald keine mehr!)

Das Gleiche gilt übrigens für die hervorragenden, in Bayern produzierten Nahrungsmittel. Dank unserer Landwirtschaft, die die Seele des ländlichen Raums darstellt, werden im weltweiten Vergleich mit die besten landwirtschaftlichen Produkte hier produziert und in ganz Europa gegessen und genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen ist Europa für die Landwirtschaft wichtig, aber auch die Land-

wirtschaft für unser Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlichen Dank für die großartige Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frieden, Freiheit, Wohlstand – das sind unsere Werte. Europa lebt nicht nur vom Binnenmarkt, sondern auch von den dahinterstehenden Werten und einem gemeinsamen Lebensmodell. Wir lieben griechisches Essen, Mode aus Italien und Musik aus England. Wir fahren in den Urlaub nach Spanien oder Kroatien. Wir schicken unsere Kinder zum Austausch nach Frankreich oder genießen die Kultur großer Städte wie Prag oder Wien.

Das ist aber noch nicht alles. Europa nur darauf zu reduzieren, was es sozusagen an Genuss bringt, wäre zu wenig. Wenn wir ehrlich sind und genau hinschauen, erkennen wir: All die Völker in Europa verbinden gemeinsame Werte, gemeinsame geschichtliche Erfahrungen und gemeinsame Identitäten, die christlich-abendländische Idee, Menschenrechte, Demokratie, Aufklärung und Humanismus. Das ist der European Way of Life. Wir sind ein Kontinent der Vielfalt, der gewachsenen Traditionen. Uns verbindet mehr als uns trennt. Im Wappen der USA heißt es: E pluribus unum – aus vielen Eines. Das, was für Amerika gilt, gilt in besonderer Form auch für Europa. Wir Europäer sind in Vielfalt vereint. Lassen Sie nicht zu, dass das am Ende zerstört wird, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Europa ist das Tor zur Welt. Es geht bei Europa, bei der Europäischen Union und bei dieser Wahl schon auch um unseren Platz in einer globalisierten Welt. Nur als Europäer können wir gleichberechtigt auf der Weltbühne auftreten.

Auf bayerischen Beinen steht sich's gut, aber noch stärker in der Welt, wenn viele Europäer dabei sind. Das ist eine einfache Rechnung. Bayern wächst, Europa auch, aber die Welt wächst einfach viel, viel schneller. Noch 1960 war jeder dreihundertste

Mensch auf der Welt ein Bayer; im Jahr 2030 ist nur noch einer von sechshundert ein Bayer. 13 Millionen Bayern sind viel, aber rund eine halbe Milliarde Europäer ist ein Pfund, mit dem sich international arbeiten lässt.

Entscheidend ist, dass wir nicht eine Zweckgemeinschaft sind, sondern Europa ist eine Gemeinschaft des Anstands, der Menschenwürde und der Fairness. Deswegen gilt der Satz, den einmal einer meiner Vorgänger, nämlich Franz Josef Strauß sagte: Wir müssen Europäer werden, damit wir am Ende auch Deutsche und Bayern bleiben können.

(Beifall bei der CSU)

Für all dies brauchen wir ein respektvolles europäisches Bewusstsein. Was heißt das? – Ich glaube, dass dieses Europa am Ende nur mit gegenseitigem Respekt funktioniert: Respekt vor anderen Meinungen, vor Kultur, Sprache und vielleicht auch Geschichte. Gerade für die kleineren Länder in Europa ist das ganz entscheidend. Deswegen setzen wir als Staatsregierung auch bewusst auf neue oder auch alte Formen der Zusammenarbeit. Regelmäßige Treffen in Brüssel sind wichtig, aber noch wichtiger ist es, Freunde zu besuchen, bei ihnen vorbeizuschauen und miteinander Verbindungen zu knüpfen und zu pflegen.

Bayern hat traditionell eine ganz besondere Beziehung zu den Staaten in Ost- und Südosteuropa. Meine Reise nach Bulgarien, Kroatien und Österreich war ein klares Signal. Wir werden diese Reisen auch zu anderen Partnern wie Tschechien oder Polen und anderen Ländern fortsetzen.

Ich sage an dieser Stelle eindrücklich: Wir teilen nicht immer alles, was in diesen Ländern gesagt, gedacht oder gemacht wird, aber es ist für den Zusammenhalt in Europa wichtig, dass man einander zuhört. Man kann einander überzeugen; die erste Voraussetzung aber ist, einander zuzuhören, einander ernst zu nehmen und nicht immer aus Deutschland – egal, wann und zu welchem Zeitpunkt – die anderen nur zu belehren.

Ich sage Ihnen eines: Wir brauchen einen neuen Geist der Zusammenarbeit; aber ein moralischer Unilateralismus und Belehrungsnationalismus aus Deutschland allein wird dieses Europa auf Dauer nicht stärken. Wir müssen alle mitnehmen und alle einbinden.

(Beifall bei der CSU)

Selbst wenn aus unserer Sicht Fehler passieren, gilt es manchmal, Brücken zu erhalten. Das gilt auch für unsere britischen Freunde, auch wenn, wie jetzt jeden Tag zu lesen ist, das britische Parlament und die britische Politik nicht gerade ein Musterbeispiel für perspektivische Stabilität sind. Ich sage Ihnen eines – da sind wir uns sicherlich alle einig –: Der Brexit und seine Folgen ändert nichts an der Sympathie, die wir für die Menschen in Großbritannien empfinden. Egal, ob der Brexit kommt oder nicht: Die Menschen in Großbritannien bleiben ein wichtiger Partner für Bayern. Viele Briten leben bei uns. Es gibt einen starken Studentenaustausch, viele Städtepartnerschaften und natürlich auch wirtschaftliche Beziehungen, die von existenzieller Bedeutung sind. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, eine bayerische Repräsentanz in London zu eröffnen. Wir wollen eine wichtige Brücke für die gemeinsame Zukunft bauen. Es wäre uns am liebsten, wenn die Briten in Europa blieben. Aber selbst dann, wenn sie den selbstbestimmten Weg gehen, ist es uns wichtig, in Verbindung zu bleiben. Europa ist mehr als nur die EU; wir müssen in der EU stark sein, wir müssen aber auch in ganz Europa zusammenhalten.

(Beifall bei der CSU)

Europa ist also wichtig und gut. Es ist nicht alles perfekt, natürlich nicht. Sonst bräuchten wir keine Wahlen, in der sich unterschiedliche Parteien um die Zukunftsidee für Europa bewerben. Es muss sich manches ändern. Europa muss global wettbewerbsfähig bleiben und es an einigen Stellen auch wieder werden. Wir müssen dafür mehr in die Zukunft investieren. Asien und die USA geben für Wissenschaft und Forschung ein Vielfaches dessen aus, was wir in Europa aufwenden. Europa droht – das ist keine

Apokalypse, sondern es ist Realität – auf Schlüsselfeldern der Zukunft zurückzufallen und am Ende abgehängt zu werden. Meine Damen und Herren, wir müssen es wieder schaffen, dass die Forschung an erster Stelle unserer Prioritäten steht. Wir müssen akzeptieren, dass beispielsweise bei der Verteilung der Gelder in Europa nicht alles möglich ist, sondern dass das Wichtige finanziert wird. Forschung und Innovation sind ganz entscheidend und viel besser als jede Form der Umverteilung. Wir brauchen keine Umverteilungs-, sondern vor allen Dingen eine Innovationsunion, nur damit kann Europa stärker werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen auch europäische Champions. Es hilft nicht weiter, auf Dauer nur klassisch innereuropäisch zu denken. Die Wettbewerbskommissarin Vestager hat kürzlich die Fusion von Alstom und Siemens untersagt. Das mag aus reiner, aktueller Binnenmarktsicht verständlich wirken. Ich bleibe aber dabei: Aus globaler Sicht ist es der falsche Ansatz. Gerade im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und insbesondere China müssen wir uns mehr überlegen. Auf Dauer wäre es zum Beispiel besser, dass alle Zölle zwischen den USA und Europa abgeschafft werden und es stattdessen eine richtige, faire und gleiche Besteuerung gibt. Es ist besser, Freihandel ohne Zölle zu haben; dafür müssen amerikanische Internetriesen in Europa genauso besteuert werden wie im eigenen Land.

(Beifall bei der CSU)

Und wir brauchen faire Spielregeln im Verhältnis zu China: Gleiches Recht für alle! Das bedeutet: Wir freuen uns über chinesische Investitionen, aber chinesische Investitionen in Europa sollten so behandelt werden wie europäische in China. Gleiches Recht für alle!

Es kann nicht sein, dass sich europäische Unternehmen in China am Ende nicht entfalten können, gleichzeitig aber Know-how aus Europa mittels hoher chinesischer Staatsmittel aus Staatsfonds gekauft und möglicherweise abgezogen wird.

Wir brauchen an dieser Stelle eine klare europäische Idee und eine gemeinsame Strategie. Nur so werden wir Erfolg haben. Wir wollen mit allen gut zusammenarbeiten, aber es müssen die gleichen Spielregeln für alle gelten.

(Beifall bei der CSU)

Wir bekennen uns zur Wirtschaft und zum Binnenmarkt, aber auch zu einem stabilen Finanzsystem in Europa. Ich habe es vorhin schon angesprochen: Um das europäische Modell, das Rettungsmodell für den Euro, gab es in den letzten Jahren ein hartes Ringen. Es gab viel Skepsis. Darüber haben wir auch im bayerischen Parlament oft geredet. Aber seien wir doch einmal ganz ehrlich: Am Ende war dieser Weg, der gegangen wurde, selbst für Länder wie Griechenland erfolgversprechender als andere Modelle. Was war denn das andere Modell? – Das andere Modell, damals insbesondere von Rot-Grün vorgetragen, ging mehr in Richtung Transfer, Eurobonds oder umfassende Schuldenerlasse. Meine Damen und Herren, das wäre nichts anderes gewesen als ein großer Länderfinanzausgleich zulasten Deutschlands. Wir können froh sein, dass sich dieses linke Modell bei der Finanzausstattung Europas nicht durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden sehen, was sich jetzt so an neuen Fraktionen bilden wird. Ich lese sehr viel. Es gibt ganz spannende Fraktionsmodelle, die sich da ergeben sollen, von Tsipras bis zur FDP. Ich weiß nicht, was am Ende herauskommt, und bin gespannt, wie es zusammenpasst. Das entscheiden aber die Parlamentarier dort.

Eines aber kann ich sagen. Man spricht jetzt nicht mehr von links, sondern von progressiv. Meine persönliche Meinung ist: Egal, ob kommunistisch, sozialistisch, links oder progressiv, das Ergebnis war ökonomisch immer das gleiche: Es klappt nicht, und deswegen unterstützen wir das auch nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die bayerische Antwort der Koalition von CSU und FREIEN WÄHLERN ist klar. Unsere Antwort lautet immer: Stabilität beginnt bei jedem selbst. Stabilität beginnt zu Hause. Jeder haftet für seine Schulden, und jeder muss seine Ausgaben finanzieren. Deswegen ist die klare Auffassung der Bayerischen Staatsregierung: Wir wollen kein Europa, in dem verteilt oder enteignet wird. Ich finde, Leistung muss sich in ganz Europa lohnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Wer hat die GBW verkauft?)

Also: ein Europa, das nützt, aber auch ein Europa, das schützt – ich glaube, beides ist ganz entscheidend. Europa ist ein Kontinent der Freiheit, aber ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Der Schutz vor Kriminalität und Terror ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir brauchen deswegen in Europa noch eine Menge an Ideen und Kraft, um wirklich eine echte Sicherheitsunion zu werden.

(Zuruf von der AfD)

Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder müssen besser ausgetauscht werden. Informationen zu Visa, Migration und Sicherheit müssen besser koordiniert und bis in die kleinste Polizeiinspektion, ja bis in jedes Amt hinein abgefragt werden können.

Neben der Vernetzung der Sicherheitsbehörden ist der Außengrenzschutz ein zentrales Thema. Schengen ist wichtig, aber Schengen ohne Außengrenzschutz hat wenig Sinn. Die Grenzschutzagentur Frontex müssen wir daher, meine Damen und Herren, und zwar schneller als geplant, schon bis zum Jahr 2022 zu einer echten europäischen Grenzpolizei mit mindestens 10.000 Grenzschützern mit direkten Eingriffsrechten ausbauen. Wir in Bayern wären bereit, an dieser Stelle unseren Beitrag zu erbringen; denn, meine Damen und Herren – das ist uns bei der gemeinsamen Kabinettsitzung in Sachsen aufgefallen –, unsere Art des Grenzschutzes, wie wir ihn in Bayern betreiben, nämlich mit einer Bayerischen Grenzpolizei und einer Schleierfahndung, ist am Ende ein Erfolgsmodell und ein Vorbild für ganz Europa.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bayerische Grenzpolizei – ich sage dies ausdrücklich und danke dem Innenminister und allen Polizistinnen und Polizisten, die dort arbeiten – leistet hervorragende Arbeit. 22.000 festgestellte Straftaten, Verkehrsdelikte und Fahndungstreffer durch die Grenzpolizei zeigen, wie wichtig Kontrollen an den Grenzen sind; denn Grenzpolizei, Schleierfahndung und Grenzkontrollen dienen dem Schutz unserer Bürger, meine Damen und Herren. Natürlich sind sie auch verfassungsrechtlich absolut einwandfrei. Wir handeln in enger Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem Bund. Daher ist die Klage, die gegen die Grenzpolizei eingereicht wurde, ein typisches Wahlkampfmanöver. Mein Eindruck ist auch, dass die Polizistinnen und Polizisten, die dort die Arbeit leisten, die Klage auch als Angriff auf sich selber sehen. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass GRÜNE die Grenzpolizei auflösen wollen. Sie haben schon damals die Schleierfahndung nachhaltig bekämpft – letzte Woche wurde das gesagt.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in Europa gegen Rechtsradikale und Rechtspopulisten wehren wollen, müssen wir auch ein glaubhaftes Angebot für Sicherheit machen. Wir wollen eine Sicherheits- und keine Unsicherheitspolitik. Deswegen lehnen wir in Bayern ein schutzloses Europa, wie es mancher GRÜNE will, ab. Wir wollen unsere Bürger schützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Satz zu dem Thema, das die Menschen mit am meisten bewegt, wenn es um Europa geht: das Thema Migration. Das bleibt ein zentrales Thema. Ich finde, hier brauchen wir die bayerische Balance aus Humanität und Ordnung vielleicht sogar für ganz Europa. Ich glaube, dass das genau der passende Zweiklang ist.

Für uns im Freistaat gilt der Grundsatz: So viel Integration wie möglich und so viel Ordnung wie nötig. Ich finde, wir haben das in unserem Land gemeinschaftlich – ich danke allen, die mitgeholfen haben – bislang ganz gut vorgemacht. Wir sind das Land

der gelingenden Integration. Wir haben in der Wirtschaft in rund 90.000 Fällen Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt eine Perspektive und Arbeit gegeben.

(Zuruf von der AfD: Was für ein Märchen!)

Meine Damen und Herren, im Bayerischen Landtag sage ich auch einmal ein Dankeschön; denn seit 2015 haben die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über neun Milliarden Euro für Integration ausgegeben. Leuten, die immer noch sagen, wir hätten uns dem nicht gestellt, kann ich nur antworten: Mit unglaublich viel Hilfe, mit unglaublich viel ehrenamtlichem Engagement, aber auch mit einem klaren Bekenntnis des Staates dürfen wir sagen: Wir sind ein Land der Integration; wir setzen dies auch fort, weil wir Menschen in Not eine Perspektive gegeben haben. Dies werden wir auch weiter tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eines ist aber immer noch offen, nämlich umgekehrt hinsichtlich der Ordnung in Deutschland und Europa einen klaren Weg zu finden. Wer straffällig wird, wer Verbrechen begeht und unser Land attackiert, der muss doch, meine Damen und Herren, so schnell wie möglich zurückgeschickt werden. Dass aber nach wie vor in Deutschland, bis auf Bayern – so kann man das sagen –, Abschiebungen so schwierig sind, kaum möglich sind, liegt doch an Selbstblockaden der deutschen Politik, nicht an Europa, meine Damen und Herren.

Deshalb wäre das Folgende ein wirklich wichtiger Ansatz. Selbst der Ministerpräsident von Baden-Württemberg wäre bereit, im Bundesrat mitzumachen. Deshalb mein Appell an alle anderen Vertreter der GRÜNEN im Bundesrat: Bitte geben Sie endlich die Blockade gegen die sichere Drittstaatenregelung auf. Wir schaffen dann mehr Integration, wenn es uns gelingt, Straftäter und Kriminelle besser und konsequenter abzuschicken. Beides gehört untrennbar zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun aber noch einmal zur europäischen Dimension der Migration, nicht nur zur deutschen. Wir merken im Moment – dies ist übrigens spürbar, darum sollten wir auch nicht zulassen, dass andere versuchen, damit politische Konjunktur zu erreichen –: Die Zahlen illegaler Migration gehen zurück. Trotzdem – ich sage dies ausdrücklich – gibt es unzählige herzerreißende Schicksale im Mittelmeer. Was dort immer noch stattfindet, ist nicht erträglich. Dass Menschen dort sterben, widerspricht allem, wofür wir in Europa eigentlich stehen. Deswegen, meine Damen und Herren, geht das nicht und kann man das auch nicht hinnehmen. Man kann nicht wegschauen oder es so akzeptieren. Jeder in Europa muss helfen und seinen Teil beitragen. Natürlich müssen wir Ländern wie beispielsweise Italien Hilfe bei der Bewältigung der Aufgabe anbieten. Eines sage ich Ihnen aber schon auch: Am Ende reicht es nicht nur, Schiffen die Einfahrt zu verweigern und Menschen in Not ihrem Schicksal zu überlassen. Wir wollen und brauchen eine solidarische Lastenverteilung aller europäischen Länder, aber wir brauchen auch ein gemeinsames Commitment für Menschlichkeit, meine Damen und Herren. Menschen müssen gerettet werden. Man darf sie nicht dem Tod überlassen – niemals! Das wäre uneuropäisch und mit unseren Werten nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, neben dem Grenzschutz ist aber auch die Bekämpfung von Fluchtursachen ganz entscheidend. Wir als Freistaat Bayern haben diesbezüglich eine neue Strategie angewandt. Wir glauben, dass es wichtig ist, über Europas Grenzen hinaus zu denken.

Mit unserer Afrika-Strategie schlagen wir ein neues Kapitel in den Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent auf. Für Bayern ist dies Neuland. Wir unterstützen afrikanische Staaten, stärken ihre Eigenverantwortlichkeit und entwickeln langfristige kulturelle, humane, aber auch wirtschaftliche Partnerschaften. Das ist, glaube ich, eine gute Idee und eine Richtschnur für die Afrika-Politik. Ich finde übrigens, meine Damen und Herren, dass man dort mit ganz wenigen Mitteln eine Menge erreichen kann. Als Europäer sollten wir neben dem humanen Gesichtspunkt nicht zulassen, dass Afrika am

Ende von China gekauft wird, meine Damen und Herren. Deswegen braucht es bei der EU eine nachhaltige Strategie für Afrika. Am besten wäre ein eigener Kommissar dafür, meine Damen und Herren, der sich für uns alle umfassend um Strategien und Initiativen für Afrika kümmert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fand den Besuch in Äthiopien beeindruckend. Kollege Weigert und eine Wirtschaftsdelegation waren dabei. Dort gab es viele bewegende Momente. Reisen bildet – das ist ein abgedroschener Spruch. Es vertieft aber Eindrücke und führt auch dazu, dass man merkt, wie gut es uns geht und wie absurd manchmal Diskussionen sind, die wir auch zum Teil hier im Hohen Haus über einzelne Dinge führen.

Wir wollen mit einem Bayerischen Afrikabüro, das wir eröffnet haben, einfach ein Signal setzen und eine Verbindung herstellen. Auch ich werde in der Zukunft weiter nach Afrika reisen und Staaten entlang der innerafrikanischen Flüchtlingsroute besuchen. Dies ist ein kleiner Ansatz am Rande.

Zum Thema Migrationspolitik muss man eines anmerken, auch wenn wir alle etwas skeptisch waren: Ein erfolgreiches Instrument war und ist der Flüchtlingspakt mit der Türkei. Dieses Abkommen hat sich trotz mancher Unkenrufe in der Realität bewährt. Man darf aber über eines nicht hinwegsehen – dies gilt auch für die Nachbarschaftspolitik in Europa –: Die Türkei hat sich trotz dieses Abkommens leider nicht mehr auf Europa zubewegt, ganz im Gegenteil: Die Türkei entfernt sich Woche für Woche, von Entscheidung zu Entscheidung immer mehr weg von unserer europäischen Idee. Die Annullierung der Wahl in Istanbul ist ein Zeichen – entweder für das Ende der türkischen Demokratie oder vielleicht sogar für das Ende der türkischen Regierung. Für den Freistaat Bayern sage ich Ihnen aber eines sehr klar – das ist sicherlich die mehrheitliche Meinung in diesem Hohen Haus –: Wir wollen weiterhin Partnerschaft und wirtschaftliche Verbindungen. Strategisch miteinander zu reden gehört dazu. Aber es ist völlig absurd, dass immer noch ein Beitrittsverfahren läuft, das von der Mehrheit der

Bürgerinnen und Bürger in Europa, selbst in der Türkei, nicht mehr als richtig erachtet wird. Deswegen sollte man im Sinne von Ehrlichkeit und Fairness die Beitrittsgespräche endlich beenden, nachhaltig und endgültig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es hat keinen Sinn. Wir kommen dort nicht weiter.

Wirtschaft, Sicherheit, Migration – das sind wichtige Themen. Wir brauchen natürlich auch ein Europa, das Klima und Arten schützt. Bei uns werden darüber viele Diskussionen geführt. Wir haben deutlich gemacht, welchen Weg Bayern geht. Aber nicht nur Bayern, sondern auch Europa ist Vorreiter bei diesem Thema. Das Pariser Abkommen wäre ohne das Drängen der EU niemals zustande gekommen.

Viele behaupten – das haben wir auch hier erlebt –, Klimaretter seien die größere Gefahr als der Klimawandel. Wer einen solchen Unsinn sagt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist nicht die Frage, ob es einen Klimawandel gibt. Nicht einmal die Frage, von wem er verursacht worden ist, spielt noch die große Rolle. Die Frage lautet: Reagieren wir darauf? Schaffen wir das? Lassen wir es zu, dass ein solches Experiment einfach geschieht, oder bringen wir die europäische Kraft ein?

Wir in Bayern können einen Beitrag leisten; wir sind Teil Europas. Aber Europa muss etwas tun. Wenn es ein grenzüberschreitendes Thema gibt, dann dieses. Deshalb müssen wir Klimaschutz zu einem europäischen Kernthema machen. Das wird nicht gelingen, indem ständig neue, noch höhere Ziele vorgegeben werden, obwohl die alten noch nicht erreicht worden sind. Es bringt auch nichts, Zeitachsen hin und her zu balancieren oder zu versuchen, einander mit Schuldzuweisungen und Verboten zu übertreffen. In Europa wird es am Ende nicht reichen, mit dem Finger auf den anderen zu zeigen. Wir brauchen endlich eine gemeinsame Energie- und Klimastrategie sowie einen Klimakommissar.

Was auch wichtig ist: Nationale Alleingänge bringen wenig. Eine rein nationale CO₂-Steuer ohne Einbindung der europäischen Partner bringt nichts außer Kosten für die Bürger und Wettbewerbsnachteile für die heimische Wirtschaft. Der Lösung des CO₂-Problems in Europa kommen wir dadurch keinen Zentimeter näher. Ich sage Ihnen: Wir müssen europäisch denken, nicht nur kleinteilig deutsch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei allem Respekt vor der guten Haltung: Darauf muss am Ende auch die richtige Handlung folgen.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch mehr anführen; aber das sind die Themen, die aus der Sicht der Bürger die wesentlichen, die entscheidenden sind. All das sind gute Gründe, sich für Europa zu engagieren. Es sind auch gute Gründe, mit Optimismus auf Europa zu blicken. Über die Wege zur Lösung der Probleme, ob bei Klima oder Migration, kann, ja muss man streiten. Über die richtigen Wege gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen den Parteifamilien, aber auch zwischen Regionen und Ländern. Ich finde es beeindruckend, dass Europa trotz Schwierigkeiten auch in den letzten Jahren immer einen Weg gefunden hat. Es dauert zugegebenermaßen etwas länger als in China, bis bei uns eine politische Entscheidung getroffen ist. Aber sie ist halt demokratisch getroffen, und jeder kann mitmachen. Keiner darf vergessen werden.

Was mich stört, ist, wenn immer wieder versucht wird, mit scheinbaren Fakten Unwahrheiten zu verbreiten. Diese "Fakten" sind nichts anderes als Fake News. – Salvini hat erst in der vergangenen Woche behauptet, Brüssel bringe nur Arbeitslosigkeit. Die Wahrheit ist: Aktuell verzeichnen wir in der Eurozone die niedrigste Arbeitslosenquote seit knapp zehn Jahren. – Rechtspopulisten behaupten, die Europäische Union sei der größte, monströseste Beamtenapparat, den es gebe. Die Wahrheit ist: Auf 10.000 EU-Bürger kommt ein EU-Mitarbeiter. In Berlin kommt auf 32 Einwohner ein Mitarbeiter der Verwaltung, und die funktioniert noch nicht einmal.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold
(SPD): Ha, ha, ha! Da spricht wirklich der überzeugte Europäer!)

– Herr Arnold, Sie sind Fürther, ich Nürnberger. Wir beide wissen es doch.

Wenn wir für Europa begeistern wollen, dann können wir das nur mit zwei Dingen leisten: mit dem inneren Wunsch, sich der Diskussion zu stellen, und einem klugen Konzept, um es besser zu machen. Das ist die Aufgabe. Wir benennen Fehler, wir bieten an, sie zu beheben, wir entwickeln die Kraft, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, nicht das Trennende.

Deswegen lautet mein Appell an alle im Land: Lassen Sie sich nicht verwirren oder verunsichern durch Meldungen, die nicht stimmen! Bringen Sie sich ein! Es ist Ihr Kontinent! Es ist Ihre Zukunft! Gehen Sie am kommenden Sonntag wählen, und wählen Sie demokratisch!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am kommenden Sonntag kommt zum ersten Mal in Bayern eine Besonderheit bei einer Wahl zum Europäischen Parlament hinzu: Es besteht die Chance – wir werden sehen, ob es so weit kommt –, dass ein Bayer Kommissionspräsident wird.

Zunächst einmal wünsche ich mir, meine Damen und Herren, dass wir uns gemeinsam unabhängig von den Personen zum Spitzenkandidaten-Prinzip bekennen. Wer bei einer Parlamentswahl die meisten Stimmen bekommt, hat den natürlichen demokratischen Führungsanspruch. Würde der Rat am Ende allein entscheiden, wer Kommissionspräsident wird, wäre das ungefähr genauso, als ob nach einer Bundestagswahl allein der Bundesrat vorschlagen könnte, wer Kanzler werden solle. Das wäre für mich kein modernes europäisches Demokratieverständnis. Nehmen wir die Wahl ernst! Wer die Mehrheit bekommt, der soll auch den Auftrag haben, Europa zu führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition mit ihren Spitzenkandidaten und meine Freunde von den FREIEN WÄHLERN mögen mir verzeihen, wenn ich sage: Manfred Weber hat eine sehr reelle Chance, Europa zu führen. Ich finde, er steht für Werte, die Europa zusammenhalten. Wenn ein Deutscher Kommissionspräsident werden könnte, dann ist das allein schon ein gutes Argument.

Ich sage Ihnen ganz offen: Hätte Martin Schulz beim letzten Mal nach dem Spitzenkandidaten-Prinzip eine Mehrheit gehabt, hätte es Deutschland gut angestanden, ihn zu unterstützen. Dieses Konzept sollte auch jetzt gelten. Wenn nun sogar ein Bayer zur Wahl steht, ist das zumindest für den Freistaat eine einmalige historische Chance. Wir hatten schon vieles: Ein Champions-League-Sieger und ein Heiliger Vater kamen aus unserem Land. Aber einen Kommissionspräsidenten aus Bayern hatten wir noch nie. Ich finde, es ist für jeden Bayern lohnend, dieses Argument zu reflektieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Das war der Hirtenbrief!)

Entscheiden werden die Wählerinnen und Wähler, wie bei jedem von uns.

Zum Schluss noch ein persönliches Wort: Mir wird gelegentlich unterstellt, ich sei zu wenig europäisch. Ich bin an dem Thema Europa viel stärker dran, als die meisten denken. Ich bin seit zwölf Jahren Mitglied der Staatsregierung. Mein erstes Amt trat ich im Jahr 2007 an. Es war, auch für mich etwas überraschend, das Amt des Europaministers, damals wahrscheinlich als eine Art Resozialisierung nach dem Amt des Generalsekretärs gedacht nach dem Motto: Da kann man nichts anrichten.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mich damals sehr intensiv in europäische Verträge eingearbeitet. Meine erste Amtshandlung war: Ich durfte damals als Beobachter des Bundesrates zu den Beratungen über den Vertrag von Lissabon mitfahren. Ich gebe zu: Es war räumlich eine sehr eingeschränkte Perspektive; ich saß in einem kleinen Nebenzimmer. Damals gab

es noch die ganz großen Handys und alles, was dazugehört. In dem Zimmer stand eine Flasche Wasser. Das Einzige, was dort lag, waren die Texte zu dem Vertrag von Lissabon. Ich gebe zu, dass ich mich in diesem Moment gefragt habe: Was machst du hier eigentlich? – Daraufhin habe ich gedacht, dass ich das tun sollte, was im Leben immer gut ist: Lesen! Ich habe diese Vertragstexte durchgelesen. Damit gehöre ich zu den wenigen Politikern in diesem Haus, die sie wirklich gelesen haben. In diesem Moment habe ich gespürt, welche großen Chancen in diesem Vertrag stecken. Wenige Wochen später haben wir in der bayerischen Vertretung einen Maibaum aufgestellt. Damals wurden wir noch belächelt.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Lieber Herr Arnold, die SPD ist damals angetreten, den Maibaum zu stehlen.

(Horst Arnold (SPD): Eine bayerische Sitte!)

Sie erinnern sich sicherlich noch: Sie waren zu spät!

(Heiterkeit bei der CSU)

Es war eine schöne Geschichte.

Wissen Sie, was mir dann aufgefallen ist? – Unsere bayerische Vertretung ist einer der beliebtesten Treffpunkte in Brüssel. Liebe Frau Schulze, Ihre Kolleginnen und Kollegen haben die Einrichtung dieser Vertretung vor vielen Jahren heftig kritisiert. Sie sagten, das dürfe man auf keinen Fall machen. – Heute sind nahezu alle Bayern, auch die Politiker, sehr stolz auf unsere Vertretung. Dort kommen Menschen vieler Nationalitäten aus zahlreichen Ländern zusammen. Unsere Vertretung ist eine Art Drehscheibe. Bei uns sitzt man gemeinsam am Tisch. Bei Schweinsbraten und Bier fühlt sich jeder Europäer gern für einige Stunden bayerisch. Mir gefällt das; denn wir Bayern sind überzeugte Europäer. Wir leben im Herzen Europas, und wir haben auch Europa im Herzen. Bayern ist ein bekennendes europäisches Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss füge ich hinzu: Bei all den Diskussionen, die wir führen, denke ich immer darüber nach, wie am Sonntagstisch einer Großfamilie über Europa diskutiert wird, wie dort geredet wird. Was erzählen die Großeltern über ihr Europa, über die Ängste, über die Gefahren im Krieg und in der Nachkriegszeit?

(Dr. Ralph Müller (AfD): Da hören Sie mal zu!)

Was erzählen die Eltern darüber, dass sie nur einige Kilometer fahren konnten? Europa war geteilt. Es gab Schießautomaten. Deutschland war das Land, auf dem die meisten Atomwaffen fast schon der Welt auf kleinem Raum zusammen waren.

Fragen wir einmal jetzt die Kinder und Jugendlichen, welche Chancen und Möglichkeiten das Europa bietet, in dem wir jetzt leben. Sie erfahren durch dieses Europa für sich selbst eine unglaubliche Bereicherung. Meine Damen und Herren, in der letzten Woche habe ich gesagt: Bayern ist cool. – Europa ist auch cool. Dies muss auch so bleiben. Die Wahl am kommenden Sonntag ist deshalb kein klassischer Schönheitswettbewerb für Landtags- oder Bundestagswahlen. Sie ist nicht nur ein Hinweis darauf, wie die Parteien ein halbes Jahr nach dieser oder jener Wahl dastehen. Diese Wahl ist vielmehr eine historische Chance. Fast eine halbe Milliarde Menschen ist aufgerufen, am Sonntag zum Wählen zu gehen.

Wir Deutsche und wir Bayern müssen diese Chance nutzen, unsere Ideen, unser Bekenntnis und unsere innere Überzeugung zu diesem geeinten Europa, das uns alle Chancen bietet, zu artikulieren. Es wäre eine historische Sünde, wenn wir die Generation wären, die die großen Errungenschaften, die viele Männer und Frauen nach dem Krieg erarbeitet haben, verspielen würden. Engagieren wir uns! Setzen wir uns für ein starkes, friedliches, freiheitliches Europa ein, aber auch für ein Europa, das seine Chancen nutzt, und nicht für ein Europa, das seine Chancen kaputt macht!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 119 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: Auf die Fraktion der CSU entfallen 35 Minuten, auf die Fraktion der GRÜNEN 21 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 18 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 16 Minuten und auf die Fraktion der FDP 13 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können je 4 Minuten reden.

Als Erster erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Europa ist das Beste, was Europa je geschaffen hat. Ich persönlich kann mir ein Leben ohne die Europäische Union nicht vorstellen. Ich bin 33 Jahre alt, und ich darf seit 33 Jahren in Frieden leben. Ich habe unglaublich tolle Erinnerungen an meinen Schüleraustausch in Großbritannien, an die Handballturniere in Italien, an die Interrail-Tour durch die baltischen Staaten und an das Couchsurfing in Polen. Ich habe Freundinnen und Freunde aus den verschiedenen Ländern Europas.

Für mich ist das Bestehen der EU nicht verhandelbar, und für die allermeisten Menschen ebenso nicht. Zum Glück! So wie mir geht es ganz vielen Menschen. Sie wissen, dass sie dank Europa in anderen Ländern arbeiten können, dass sie dort leben können, dass sie dort studieren können, dass sie sich dort verlieben können, dass sie dort hinziehen und dort wegziehen können. All diese wunderbaren Möglichkeiten hat uns Europa gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig und jetzt auch an der Zeit, einmal Danke zu sagen: Danke an die Generation, die so mutig und weitsichtig war und sich buchstäblich über die Schlachtfelder hinweg die Hände gereicht hat. Sie hat gesagt: Wir wollen nicht mehr gegeneinander kämpfen, wir wollen miteinander arbeiten, wir wollen gemeinsam die Zukunft gestalten, und auch: Deutschland, obwohl du zweimal einen Krieg begonnen

und unerträgliches Leid über diesen Kontinent gebracht hast, hast auch du eine Chance, mit dabei zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb gebührt den Gründervätern der Europäischen Union großer Dank von uns allen. Leider wird oft vergessen, dass die Europäische Union auch Gründungsmütter hatte. Simone Veil und Louise Weiss und weitere Frauen haben sich im 20. Jahrhundert nicht nur gegen die soziale Ordnung zwischen Männern und Frauen, sondern auch gegen den Nationalismus aufgelehnt. Sie haben aus der Erfahrung des Krieges den Glauben an Europa geschöpft und seine Entwicklung entscheidend geprägt. Jetzt müssen wir uns die Frage stellen: Was bedeutet das für die Zukunft? –Ich finde, wir, die wir jetzt in Europa leben, müssen die weitere Entwicklung von Europa prägen, und zwar mutig und entschlossen, auch wenn uns der Wind einmal ins Gesicht bläst. Für mich ist die Sache ganz klar: Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Nationalstaaten alleine haben wir doch keinerlei Chance in einer Welt, die von Mächten in anderen Größenordnungen dominiert wird, zum Beispiel Ostasien, China und den USA. Wenn wir Europäerinnen und Europäer nicht zusammenarbeiten, dann werden wir die großen Herausforderungen der Zeit nie bewältigen können. Wir müssen die Klimakrise bekämpfen, die Digitalisierung gestalten und auf den internationalen Terrorismus und Co. reagieren. Wir müssen zusammenarbeiten, und wir müssen stärker zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu reicht es aber nicht, nur zu Wahlkampfzeiten die Europafahne aus dem Fenster zu hängen. Es reicht auch nicht, die Errungenschaften, die die Europäische Union gebracht hat, als eigene Erfolge zu definieren und, wenn etwas noch nicht so gut läuft, die Schuld nach Brüssel zu schieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Söder, ich finde es schön, dass Sie heute eine Pro-Europa-Rede gehalten haben. Aber das allein reicht auch nicht; denn die Bundesregierung, von der die CSU ein Teil ist, schweigt, wenn zum Beispiel Reformvorschläge aus Paris kommen. Wo ist denn der Wille zu einer gemeinsamen Initiative aus Berlin und Paris? Man muss nicht allem zustimmen, was Macron vorgeschlagen hat. Man sollte aber wenigstens als Bundesregierung zeigen, dass man Lust hat, dieses Europa weiterzuentwickeln und zu gestalten. Es ist tragisch, dass Macron keine substantziellen Antworten aus Deutschland erhält.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Ich frage Sie: Wo sind die mutigen Europäerinnen und Europäer der Konservativen? Die gab es doch früher. Ich erwarte mir, dass wir darüber einmal eine Debatte führen und dass Deutschland gemeinsam mit den anderen Staaten Europa weiterentwickelt. Natürlich ist die Europäische Union nicht perfekt. Aber ehrlich: Was ist schon perfekt in unserem Leben? Aber wir, die wir jetzt leben und die wir das Privileg haben, Politik machen zu dürfen, haben doch die Möglichkeit, unsere Europäische Union weiterzuentwickeln.

Wir GRÜNE sind der Meinung, die Europäische Union muss zusammengehalten und die Europäische Integration muss vorangetrieben werden. Wir möchte keine Spaltung der EU in einen Euro-Exklusivklub einerseits und in den Rest der Staaten andererseits, wie das Finanzminister Schäuble mit seinem Konzept eines Kerneuropas vorhat. Wir glauben, eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit Frankreich ist für unsere europäische Zukunft von immenser Bedeutung. Aber, der deutsch-französische Motor muss natürlich die gesamte EU im Blick haben und darf weder die kleineren noch die osteuropäischen EU-Staaten vor den Kopf stoßen.

Ja, wir müssen Europa und die Europäische Union gerechter machen. Die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas geht auch uns an. Ja, wir müssen die Ausbil-

dungsstandards in ganz Europa anpassen. Ja, wir müssen die Europäische Union demokratischer machen. Warum kann das EU-Parlament immer noch keine eigenen Gesetzentwürfe einbringen? Wir brauchen endlich eine gemeinsame Finanzpolitik, endlich eine europäische Industriepolitik und natürlich auch eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem müssen wir gemeinsam unsere Europäische Union wieder menschlicher machen. Mein Herz blutet, wenn im Mittelmeer täglich Menschen ertrinken. Herr Söder, ich bin froh, dass Sie dieses Thema auch angesprochen haben. Ich möchte Ihnen aber eines sagen: Reden allein hilft nicht. Wir müssen Gelder für ein zivilgesellschaftliches europäisches Seenotrettungsprogramm bereitstellen. Weil es eine Zeit lang dauern wird, bis dieses Programm eingerichtet ist, müssen wir uns dafür einsetzen, dass private Seenotretterinnen und Seenotretter nicht weiter kriminalisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich reicht es auch nicht, nur darüber zu reden, die Europäische Union müsse nachhaltiger werden. Herr Söder, Sie reden im Moment viel von Klimaschutz. Wenn es dann aber um die CO₂-Bepreisung geht, ist die Begeisterung schon wieder weg, oder die Sache wird wieder nach Europa geschoben. Ich erwarte auch hier aus Bayern und von der Großen Koalition in Berlin konstruktive, klare Vorschläge dazu, wie wir die Europäische Union zum Klimavorreiter machen können. Ich gebe Ihnen da mal ein Beispiel: Macron hat erst vor Kurzem wieder eine europaweite Kerosinsteuer vorgeschlagen. – Na ja, dann hört man von Ihnen wieder nichts. Aber nachhaltige Politik geht so nicht, wenn wir immer nur sagen, jemand anderes müsse sich drum kümmern, aber selber nichts tun bzw. keine konkreten Maßgaben und Ideen vorgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Oder ein anderes Thema: Künstliche Intelligenz und Digitalisierung gestalten. Wir möchten doch weder Social Scoring wie in China, noch möchten wir ein Silicon Valley wie in den USA, wo es einige sehr, sehr Reiche gibt, aber trotzdem beispielsweise in San Francisco 15.000 Menschen obdachlos sind. Wir müssen bei der Digitalisierung doch eine gemeinsame europäische Idee weiter voranbringen und die Digitalisierung vor allem nach unseren europäischen Werten gestalten.

Da frage ich schon mal: Wo ist die europäische Strategie zur künstlichen Intelligenz? Warum macht hier schon wieder jeder Staat eine eigene Strategie für künstliche Intelligenz, anstatt gemeinsam und zusammen zu arbeiten? Wo sind die Debatten über die faire Besteuerung der Digitalkonzerne in Form einer Digitalsteuer? Das sind doch die Themen, an die wir auf Europaebene ran müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Herr Söder, lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen. Sie haben sich heute als glühenden Europäer gegeben; ich nenne Ihnen ein ganz einfaches Beispiel, wie Sie den glühenden Europäer auch ganz konkret umsetzen können: Schaffen Sie die verfassungswidrige Bayerische Grenzpolizei ab,

(Zurufe von der CSU: Oje! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mannomann!)

und setzen Sie sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Kontrollen zwischen Deutschland und Österreich endlich beendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe von den GRÜNEN: Bravo!)

Für den Grenzschutz ist die Bundespolizei zuständig, und mit den lang anhaltenden Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze verletzt Deutschland den Schengener Grenzkodex. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht so nicht mehr weiter. Das muss beendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns Demokratinnen und Demokraten muss eine Sache auch klar sein: Die Europäische Union, die europäischen Werte und die europäische Erfolgsgeschichte haben Feinde, Feinde im Ausland, aber natürlich auch Feinde innerhalb Europas, Feinde, die uns zersetzen wollen. Es ist schlimm genug, dass diese Feinde mittlerweile in Parlamenten sitzen,

(Lachen bei der AfD)

seit ein paar Monaten auch hier. Aber was passiert, wenn Rechtspopulisten und Rechtsextremisten an der Macht sind, sieht man ganz aktuell in Österreich. Die ganze Welt konnte sehen, wie angebliche Patrioten bereit sind, die Demokratie im eigenen Land billig herzugeben. Gleichzeitig schmiedet diese rechtsextreme Sippschaft ein anti-europäisches Bündnis, das einzig und allein die Zerstörung Europas zum Ziel hat: Aus Italien Salvini, aus Frankreich Le Pen, Geert Wilders aus den Niederlanden und Jörg Meuthen von der AfD hetzten beispielsweise am vergangenen Sonntag in Mailand gegen die EU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, interessant finde ich auch den Umgang der rechtsextremen Partei AfD mit dem Skandal ihrer österreichischen Verbündeten. Erst leugneten Sie die Echtheit des Videos, dann sprachen Sie von Einzelfall. Dabei sind Sie doch genauso käuflich wie die Rechtspopulisten im Nachbarland. Ich erinnere gerne an die Enthüllungen um die dubiosen Russlandverbindungen des AfD-Abgeordneten im Bundestag Markus Frohnmaier und an die illegalen Parteispenden an Parteichef Jörg Meuthen und an den Europakandidaten Guido Reil. Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Sie sind ein Fall für die Staatsanwaltschaft und nicht fürs Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Uli Henkel (AfD): Herr Minister!)

Was zeigt uns das Strache-Video in Österreich aber auch? – Rechte und Rechtspopulisten sind keine Naturgewalt. Man kann etwas gegen sie tun: Aufklärung, Demokratiebildung, Transparenz, kritischer Journalismus und Pressefreiheit sind wichtig. Das braucht unsere Demokratie. Wir GRÜNE treten deswegen jeder Einschränkung der Pressefreiheit entschieden entgegen, egal, ob es hier bei uns im Land ist, in Polen oder in Ungarn, wo Ihr Buddy Viktor Orbán die Macht hat.

Kolleginnen und Kollegen, noch eine Sache ist hoffentlich spätestens jetzt allen klar: Mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen darf man nicht zusammenarbeiten. Denn man darf nicht vergessen: Die ÖVP, die Schwesterpartei der CSU, hat der FPÖ zur Macht verholfen. Sebastian Kurz wusste schon vor zwei Jahren, mit wem er sich da einlässt. Damals habe ich von Ihnen in der CSU keine kritischen Stimmen zu dieser Entscheidung gehört. Ich finde, alle demokratischen Kräfte sind aufgefordert, diesen skrupellosen Politikhasardeuren entgegenzutreten. Gerade jetzt müssen die Rechtsstaatlichkeit und unsere demokratischen Werte von allen verteidigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern fand hier im Bayerischen Landtag eine Diskussionsrunde mit 190 Schülerinnen und Schülern zur Europäischen Union und zu Europa statt. Viele Kolleginnen und Kollegen waren dabei. Ich bin nachhaltig von den klugen Analysen, den klaren Forderungen und vor allem dem unabdingbaren Bekenntnis dieser jungen Leute zu einem starken Europa beeindruckt. Die Jugendlichen haben vor allem eine Sache, die es in der heutigen Zeit braucht, ganz klar deutlich gemacht: Es braucht nämlich keine Teilzeit-Europäerinnen und -Europäer, sondern Vollzeit-Europäerinnen und -Europäer. Es braucht Menschen, die sich für ihre Zukunft mitverantwortlich fühlen und sich auch dafür einsetzen, dass die Zukunft gut wird; denn damit die nachfolgenden Generationen auch, so wie wir, frei reisen, leben und arbeiten können, müssen wir, diejenigen, die jetzt politisch verantwortlich sind, die großen Herausforderungen wie zum Beispiel die Klimakrise lösen. Damit auch die nachfolgenden Generationen frei, sicher und in Frieden leben können, müssen wir unser Europa

jetzt gemeinsam weiterentwickeln. Damit wir – die nachfolgenden Generationen und die, die jetzt hier leben – in unserem Europa weiter unsere Heimat haben, müssen wir am Sonntag alle demokratisch wählen gehen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: An seinem Geburtstag erteile ich als Nächstem unserem Jubilar das Wort. Was gibt es Schöneres, als an einem runden Geburtstag im Plenum reden zu können?

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Thomas Kreuzer (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich nie trauen, der Frau Präsidentin hier zu widersprechen.

(Heiterkeit)

Ich bin unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, dass er heute hier im Bayerischen Landtag eine Regierungserklärung zu Europa abgegeben hat. Denn damit wird einmal mehr deutlich, dass Bayern als starke Region den Anspruch hat, in Europa mitzureden, dieses Europa mitzugestalten und sich aktiv einzubringen. Der Bayerische Landtag ist seit Langem und nicht zuletzt – daran will ich erinnern – aufgrund des Engagements unseres ehemaligen Vizepräsidenten Reinhold Bocklet eines der europapolitisch aktivsten Regionalparlamente. Der Landtag formuliert klare Vorstellungen und bringt sich auf europäischer Ebene konstruktiv ein. Bayern ist eine starke Stimme, die in Brüssel und Straßburg gehört wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir dürfen es als Auszeichnung und Respektsbekundung für dieses Hohe Haus verstehen, dass uns mit Jean-Claude Juncker im letzten Jahr zum wiederholten Mal ein Kommissionspräsident besucht und mit uns diskutiert hat.

Meine Damen und Herren, Bayern liegt im Herzen Europas. Wir sind politisch, wirtschaftlich, aber auch kulturell mit unseren Nachbarn in Europa auf das Engste verbunden. Daher ist völlig klar: Wir bekennen uns zu Europa. Wir wollen ein starkes Europa, und wir wollen Europa mitgestalten. Das alles liegt in unserem ureigenen Interesse, im Interesse Deutschlands und Bayerns. Deshalb gestalten wir als Union von CDU und CSU Europa seit Beginn der europäischen Integration erfolgreich mit. Als Wegbegleiter der europäischen Integration haben Adenauer, Kohl, Strauß und Waigel mit die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen. Daher brauchen wir auch keine Nachhilfe von den GRÜNEN, was Europa bedeutet, liebe Kollegin Schulze. Uns ist die Europäische Union wichtig. Von den GRÜNEN, von Ihrer Partei, ist immerhin noch 1993 der Vertrag von Maastricht abgelehnt worden, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Dies müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

Heute haben wir die historische Chance, dass mit Manfred Weber ein Mann aus Bayern Kommissionspräsident wird, ein Mann, der zugleich fest verwurzelter Bayer, aber eben auch überzeugter Europäer ist.

Der europäische Gestaltungswille unterscheidet uns auch ganz deutlich von anderen Parteien in diesem Haus. Wer wie die AfD die Europäische Union dämonisiert und sogar von einem Dexit, also einem Austritt Deutschlands aus der EU, faselt, der stärkt nicht den Nationalstaat, meine Damen und Herren, sondern er schwächt unser Land ganz dramatisch, und er legt eine Axt an die Säule unseres Wohlstands. Dies lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Das Beispiel Großbritanniens sollte allen Abschreckung genug sein, die mit solchen verqueren Ideen zündeln. Denn ein Austritt würde nicht nur unseren Wohlstand massiv gefährden, sondern auch unsere Gesellschaft spalten, so wie das in Großbritanni-

en jeden Tag zu erleben ist. Wir können nur hoffen, dass sich dieses Land wieder zu einer gemeinsamen Antwort in dieser Frage zusammenfinden kann.

Mit wirren Thesen zur EU bringen Sie von der AfD Europa nicht voran. Sie setzen stattdessen aufs Spiel, was gerade auch uns in Bayern seit dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht hat. Ihre Politik ist nicht nur eine Politik gegen Europa; das ist eine Politik gegen die Unternehmer, gegen die Beschäftigten, gegen die Landwirte, gegen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Es ist eine Politik gegen Deutschland, und es ist eine Politik gegen Bayern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer das Auseinanderbrechen Europas in Kauf nimmt oder gar fordert, der muss wissen, dass wir dann wieder die Situation von vor der Europäischen Union haben: Nationalstaaten, die natürlich Interessenkonflikte haben. Wir haben dann keine gemeinsame Bühne mehr wie die Europäische Union, auf der diese Interessenkonflikte ausgetragen werden können. Sie können sich somit zuspitzen. Wir haben in unserer Geschichte leider leidvoll erlebt, wohin es im Endeffekt führt, wenn sich Interessenkonflikte zwischen Ländern zuspitzen. Im allerschlimmsten Fall wird dann versucht, sie gewaltsam zu lösen. Dies wollen wir nie wieder haben. Deswegen sind wir überzeugte Europäer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen nicht, dass radikale Parteien von links und rechts, die heute letztlich Europa zerstören wollen, im Europäischen Parlament eine Mehrheit erringen. Das Europäische Parlament wäre dann in seiner Arbeit blockiert, statt europäische Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit wie Klimaschutz, Migration und Welthandel zu finden. Fünf Jahre Stillstand und Blockade würden in Europa herrschen.

Wir dagegen wollen ein starkes, handlungsfähiges Europa, das in der Welt Gewicht und eine kraftvolle Stimme hat. Denken wir an die aktuelle Weltlage: Die Entwicklungen reichen von der Diskussion über Zölle auf Autos in den USA, die gerade den Wirtschaftsstandort Bayern besonders empfindlich treffen würden, bis hin zum Seidenstraßenprojekt Chinas, das nach Griechenland und Italien und damit mitten in die Eurozone hineinreicht. Angesichts dieser Lage steht es völlig außer Frage, dass Europa geschlossen auftreten muss.

Ich frage mich, meine Damen und Herren, was sich manche europäischen Länder dabei denken, wenn sie die Seidenstraßen-Vereinbarung einfach unterschreiben. Wenn man sie einmal durchliest, erkennt man, dass darin immer die Bedingung enthalten ist, dass man keine Einwände gegen beispielsweise die Menschenrechtspolitik in China erhebt. Man liest darin, dass es vertragswidrig ist, sich zu diesem und jenem zu äußern. Es ist für Demokraten unwürdig, dass man von einem nicht demokratischen Staat vorgefertigte Verträge, in denen es um Menschenrechte und um Freiheitsrechte geht, einfach unterschreibt. Dies dürfen wir in Deutschland niemals tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein starkes Europa ist aber auch ein Europa der Vielfalt und der starken Mitgliedstaaten und Regionen. Ich will deutlich sagen: Die "Vereinigten Staaten von Europa" als zentralistisches Super-Europa, das alles bis ins Kleinste regelt und vergemeinschaftet, inklusive der Schulden, das wollen wir nicht, meine Damen und Herren. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das würde, konsequent weitergedacht, letztendlich sogar das Ende der Länder, das Ende des Bayerischen Landtags bedeuten. Dies kann für uns als Demokraten nicht in Betracht kommen.

Bei der Frage, welches Europa wir wollen, unterscheiden wir uns als CSU auch ganz deutlich von den GRÜNEN und der SPD. Geht es nach dem Willen der SPD, werden in Europa die Schulden vergemeinschaftet,

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist doch schon Realität!)

und Eurobonds oder ähnliche Instrumente werden eingeführt, sodass der deutsche Steuerzahler für alle mithaftet.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Dies lehnen wir entschieden ab.

Geht es nach dem Willen der SPD, wird ein Eurozonenhaushalt geschaffen, und deutsche Steuergelder werden dann nicht mehr für die gemeinsame Agrar- und Strukturförderung verwendet, sondern für Reformen in den Ländern, die diese Reformen leider seit Jahren haben schleifen lassen. Wir wollen kein Europa, in dem Reformunwilligkeit belohnt wird und in dem die Mitgliedstaaten ihre Eigenverantwortung in Brüssel an der Garderobe abgeben. Geht es nach dem Willen der SPD, werden neue europäische Steuern eingeführt, die die Menschen zusätzlich belasten. Und geht es nach dem Willen der SPD, wird eine europäische Arbeitslosenversicherung gegründet, damit die Versicherungsbeiträge der deutschen Beschäftigten für andere europäische Länder abgegriffen werden können.

Wir werden einer Lösung niemals zustimmen, meine Damen und Herren, bei der der Arbeiter bei BMW, der Arbeiter bei MAN seine Beiträge zahlt und diese in Portugal ausgegeben werden. Dies ist keine Solidarität, sondern dies ist ein Irrweg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Slogan "Europa ist die Lösung" heißt dann nichts anderes als Umverteilung zulasten unserer Bürgerinnen und Bürger, Europa als Lösung auf unsere Kosten, als Lö-

sung für Kosten weniger anderer Länder. Das ist den hart arbeitenden Menschen in Deutschland nicht vermittelbar.

Meine Damen und Herren, zur FDP sage ich: Sich nur für Europa auszusprechen, nützt nichts. Man muss zum Beispiel endlich erkennen, dass derjenige, der ein Europa ohne Grenzen will, einen gemeinsamen Schengenraum will, natürlich auch für eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte sein muss. Dann geht es nicht an, dass man bei jeder Frage des Datenaustausches, des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden, einzig und allein datenschutzrechtliche Bedenken geltend macht, meine Damen und Herren. Dann können wir Lösungen nicht auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Zusammenarbeit und dem Datenaustausch haben auch immer die GRÜNEN plötzlich Probleme, obwohl sie eine ganz große Europapolitik gemeinsam fordern, meine Damen und Herren. Sie haben wieder die Abschaffung der Grenzpolizei gefordert. Dies reiht sich ein in Ihre ganze Anti-Sicherheitspolitik. Sie wollten keine Schleierfahndung; heute begrüßen Sie sie.

(Alexander König (CSU): Videoüberwachung!)

Sie wollen heute keine Grenzpolizei; morgen werden Sie sie begrüßen, wenn sie entsprechend erfolgreich arbeitet.

Noch eines zu diesem Thema. Sie haben gesagt, diese Kontrollen seien schengenrechtswidrig.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sie sagen die Unwahrheit. Sie wissen ganz genau, dass wir jedes Mal Ausnahmegeheimungen von Brüssel verlängert bekommen, dass diese Grenzkontrollen mit Schengen übereinstimmen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Auch Brüssel sieht es so, dass aufgrund der Sicherheitslage und der Migrationslage Grenzkontrollen vernünftig und notwendig sind. Deswegen sind sie genehmigt. Sie haben dem Landtag die Unwahrheit gesagt, Frau Schulze.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE): Das gilt nach dem Schengener Grenzkodex für zwei Jahre!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als CSU haben stattdessen eine bürgerliche, ausgewogene und vernünftige Vision für Europa. Dazu gehört, dass wir klar definieren, wer in Europa wofür verantwortlich ist. Wir sind deshalb zum Beispiel dagegen, dass die Möglichkeiten für Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik weiter ausgedehnt werden. Dies führt nur dazu, dass Länder, die selbst nicht für soziale Sicherheit sorgen wollen, die Lasten auf andere verteilen. Für die soziale Sicherheit sind die Mitgliedstaaten verantwortlich. Das ist klar in den Verträgen geregelt. Das hat sich bewährt. Das wollen wir nicht verwischen, und das wollen wir auch nicht ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Alles andere schafft Politikverdruss!)

Überhaupt gilt für uns die Maxime: Entscheidungen sollen möglichst nah bei den Menschen getroffen werden können. Was auf kommunaler Ebene und regionaler Ebene entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Das ist kein staatsrechtlicher Spleen, sondern entscheidend dafür, dass am Ende passende Regelungen gefunden werden, die von der Bevölkerung akzeptiert werden. In vielen Bereichen, beispielsweise beim Artenschutz, sind wir schon viel zu weit gegangen. Als Beispiel nenne ich den Biber. Europa regelt zentral, wie mit dem Biber zu verfahren ist. Wir haben das Problem, dass sich die Biber auf den Hochwasserschutzdämmen an der Donau auf die Pfoten treten und den Hochwasserschutz gefährden, während es in Si-

zilien keinen einzigen Biber gibt. Warum soll das europäisch geregelt werden? An dieser Stelle müssen wir wieder vernünftiger werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU):
Schönes Beispiel!)

Ein Europa der Eliten im fernen Brüssel, ein Europa, das von Lappland bis Sizilien alles einheitlich und bis ins letzte Detail regeln will, wird niemals die Akzeptanz der Menschen finden. Deshalb sind wir überzeugte Verfechter starker Regionen mit starken Kompetenzen in Europa. Nur dann wird Europa von den Menschen auch verstanden und findet Anklang. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch der Schlüssel für die Zukunft Europas ist. Damit können wir die Menschen wieder mehr von Europa überzeugen.

Wir spüren es auch bei dieser Europawahl. Das Interesse ist zu gering. In nicht wenigen Köpfen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa besteht Skepsis. Deshalb müssen wir die Fehler, die wir gemacht haben, korrigieren. Wir müssen die Schwächen aufgreifen und dürfen sie nicht negieren. Wer dies tut, der hilft Europa nicht, sondern schadet Europa. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind erfreulicherweise im Ergebnis zum allergrößten Teil klar für Europa. Sie haben aber zu Recht auch Erwartungen an Europa. Konzentrieren wir uns deshalb in der Europäischen Union auf die großen Fragen der Zukunft, für die sich die Menschen Antworten und Lösungen von der EU erwarten. Die Regionen und Mitgliedstaaten können nur gemeinsam etwas voranbringen.

Ich komme zum Thema Klimaschutz. Deutschland geht bei den Themen Klimaschutz und Energiepolitik voran, erst mit dem Atomausstieg und jetzt mit dem Ausstieg aus der Kohle. Uns muss natürlich klar sein, dass wir Deutsche das Klima nicht alleine retten können.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wir müssen aber anfangen!)

Das ist das Problem eines rein ideologisch motivierten Ansatzes der GRÜNEN in der Klimapolitik. Wir leben eben nicht in einer abgeschlossenen Blase, sondern stehen im internationalen Wettbewerb. Wir müssen auch die Menschen, vor allem die Geringverdiener, die Pendler, unsere Unternehmen und unsere Arbeitsplätze im Auge behalten. Meine Damen und Herren, wenn nationale Alleingänge dazu führen, dass Unternehmen aus Deutschland in Länder abwandern, in denen CO₂-Emissionen je Produkteinheit um ein Vielfaches höher liegen als hierzulande, setzen wir nicht nur den Wohlstand aufs Spiel, sondern erreichen auch gar nichts für den Klimaschutz, ganz im Gegenteil. Meine Damen und Herren, das provozieren Sie mit Ihren nationalen Alleingängen. Wir verlieren Arbeitsplätze und tun nichts für den Klimaschutz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel. Die Siliziumproduktion in Deutschland ist durch die Entwicklung der Strompreise gefährdet.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Eine ganz neue Erkenntnis!)

Damit sind Tausende Arbeitsplätze gefährdet. An dieser Stelle müssen wir etwas tun. Dies liegt in einer gewissen Klimapolitik begründet, die Sie noch weitertreiben wollen. Was ist jedoch das Ergebnis? – Das Silizium wird in China produziert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Wollen Sie keinen Klimaschutz betreiben?)

In China wird für die gleiche Menge Silizium vier Mal so viel CO₂ ausgestoßen. Angesichts des weltweiten Problems ist das ein Rohrkrepierer. Meine Damen und Herren, so etwas dürfen wir nicht machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen einen effektiven Klimaschutz auf europäischer Ebene. Wir wollen sowohl an die Menschen als auch an die Umwelt denken und beides zugleich im Blick haben.

Dazu brauchen wir eine europäische Zusammenarbeit, damit wir die Ergebnisse der Klimakonferenzen Schritt für Schritt in ganz Europa umsetzen können, keinen nationalen Alleingang. In einem internationalen Wettbewerb ist gemeinsames Handeln und nicht eine einseitige, ökonomisch nicht vertretbare Vorbildpolitik, die nur der Ideologie dient, sinnvoll. Wir müssen insgesamt gemeinsam Erfolg haben. Das ist das Wichtige.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das dient dem Klimaschutz, Herr Kreuzer!)

– Ja, natürlich, Sie kennen nur noch das Thema Klimaschutz. Bei Ihnen verengt sich jede Rede am Ende auf die fünf gleichen Sätze: dass alles vom Klimaschutz abhängt. Wir halten das Thema auch für wichtig. Meine Damen und Herren, ich möchte jedoch, dass wir auch morgen noch soziale Sicherheit und Arbeitsplätze in diesem Land haben. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema, bei dem die Menschen erwarten, dass Europa liefert, ist die Migration. Es geht nicht darum, jede Form der Migration völlig zu unterbinden. Im Gegenteil, wir brauchen in vielen Bereichen ausländische Fachkräfte und ausländische Arbeitnehmer.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Die Sie vertreiben!)

Es geht darum, die Zuwanderung zu ordnen, sie zu steuern und vernünftig zu begrenzen. Grünen Fantasien von einer Welt ohne Grenzen und unbeschränkter Zuwanderung nach Europa erteilen wir eine klare Absage. Dies würde dazu führen, dass das Projekt scheitert. Die Menschen werden dies nicht mehr akzeptieren. Zu viele Migranten können wir nicht mehr integrieren. Das schadet den Menschen, die kommen, aber auch unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung beginnt mit einem wirkungsvollen Schutz der EU-Außengrenzen. Deshalb fordern wir seit Langem, die Grenz- und Küstenwache Frontex zu einem echten europäischen Grenzschutz mit mindestens 10.000 Grenzschützern auszubauen und mit direkten Eingriffsrechten zu versehen. Dies soll nicht erst bis zum Jahr 2027, wie es die Staats- und Regierungschefs jüngst beschlossen haben, sondern deutlich schneller erfolgen. Das ist aus unserer Sicht viel zu spät. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam mit den afrikanischen Ländern Perspektiven für die Menschen in Afrika schaffen. Die Reise unseres Ministerpräsidenten nach Äthiopien war ein deutliches Signal, dass wir im Freistaat aktiv dazu beitragen wollen. Es sind europäische Antworten, die wir brauchen. Deshalb habe ich wenig Verständnis dafür – Sie haben es angesprochen, Frau Schulze –, dass SPD und GRÜNE stattdessen wieder der privaten Seenotrettung das Wort reden. Das ist sicherlich gut gemeint, aber das Gegenteil von gut gemacht.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Es ertrinken Menschen! Es geht um Leben! Soll man warten?)

Meine Damen und Herren, wir müssen erleben, dass Menschen mit Schiffen ins Mittelmeer starten, mit denen sie nicht die geringste Chance haben, das andere Ufer zu erreichen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Weil Libyen noch schlimmer ist!)

Durch diese Aktivitäten haben wir mehr Tote im Mittelmeer als zuvor. Deshalb ist das untauglich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Thema kommen. Wir brauchen ein starkes Europa für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Wirtschaft in Bayern lebt

im Wesentlichen vom Export. Wir sind auf den Zugang zu weltweiten Märkten angewiesen. Die Gewissheiten des freien Handelns sind jedoch ins Wanken geraten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Deshalb die Russland-Sanktionen!)

– Sie von der AfD müssen eines akzeptieren: Wir sind ein verlässlicher Partner Russlands gewesen. Aber wir werden nie akzeptieren, dass internationale Grenzen, die mit den Ländern vereinbart und von Russland anerkannt worden sind, durch militärische Gewalt in Europa verrückt werden. Das muss Folgen haben. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Im Klartext bedeutet dies: Wir als Europäer haben überhaupt nur eine Chance, mit China und den USA auf Augenhöhe verhandeln zu können, wenn das gesamte Gewicht unseres Binnenmarkts mit mehr als 500 Millionen Menschen in die Waagschale geworfen wird. Wir Europäer müssen zusammenrücken und geschlossen handeln. Wir brauchen stabile Handelsbeziehungen und vernünftige Freihandelsabkommen. Meine Damen und Herren, inzwischen reden auch die GRÜNEN bei Trump über Zölle und nicht mehr über Chlorhühnchen. Wahrscheinlich wären Sie insgeheim froh, wenn wir heute TTIP hätten. Dann hätten wir nämlich einen Schutz gegen die verrückte Industriepolitik Trumps gegenüber Europa. Frau Schulze, Chlorhühnchen sind kein Thema mehr.

Nicht zuletzt muss Europa künftig in der Lage sein, eigenständig für Sicherheit zu sorgen. Europa braucht in der instabilen Welt von heute eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Bei aller Kritik an unseren NATO-Partnern und an Äußerungen der politischen Führung in den USA müssen wir doch erkennen, dass wir eigentlich noch nie so auf den militärischen Schutz der Vereinigten Staaten angewiesen waren, wie wir es heute sind.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Aha!)

Meine Damen und Herren, deswegen glaube ich, dass wir im Hinblick auf eine gemeinsame Außenpolitik größere Anstrengungen unternehmen müssen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Marode Bundeswehr!)

Insgesamt kann es nicht angehen, dass fünf Außenminister der EU in ein Land fahren und jeder eine andere Auffassung vertritt. So werden wir keinerlei Einfluss haben.

Wir wollen das Ziel einer europäischen Verteidigungsunion endlich erreichen. Wir wollen die Verteidigungsunion und auch gemeinsame europäische Streitkräfte in den kommenden Jahren auf den Weg bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern liegt mitten in Europa. Bayern ist ohne Europa nicht denkbar. Europa braucht aber auch Bayern; davon sind wir fest überzeugt. Deshalb stehen wir zu einem starken Europa, das gemeinsam voranschreitet. Wir wollen Bayern weiterhin von Europa profitieren lassen. Wir wollen, dass dieses Europa weiterhin von der wirtschaftlichen Stärke und Finanzkraft Bayerns profitiert. Wir wollen, dass Europa auch in Zukunft von Bayern aus erfolgreich mitgestaltet wird. Das ist unser Anspruch, der Anspruch der CSU.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Deswegen bitte ich die Menschen in diesem Land, dass sie diese Wahlen ernst nehmen. Es geht um die Zukunft Europas. Wenn diese Wahlen zum Ergebnis führen, dass die Gegner Europas Entscheidungen im Europäischen Parlament blockieren können, dann wird Europa nicht mehr handeln können; dann kann Europa auf aktuelle Herausforderungen keine richtigen Antworten mehr geben, weil ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments nichts geht. Wenn Europa keine richtigen Antworten mehr geben kann, werden die Menschen das Vertrauen in dieses gemeinsame Europa verlieren.

Deswegen sind diese Wahlen so wichtig. Deswegen bitte ich die Menschen in unserem Land: Informieren Sie sich, wählen Sie demokratische Parteien, gehen Sie zur Wahl, damit Bayern im Europäischen Parlament stark vertreten ist! Wählen Sie keine

radikalen oder Splitterparteien! Dies würde Europa schwächen. Wir brauchen ein starkes Europa.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Toni Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kreuzer, Sie haben gesagt, dass Sie mit den seit ungefähr vier Jahren laufenden Grenzkontrollen nicht gegen den Schengener Grenzkodex verstoßen würden. Sie haben gesagt, dass die EU-Kommission allen Kontrollen aktiv zugestimmt hat. Sie versteigen sich dazu, dass wir im Landtag lügen würden. Ich möchte Sie dazu mit zwei Zitaten konfrontieren.

Ein Zitat stammt aus einem Brief der EU-Kommission auf eine Anfrage von mir vom 5. März 2019: "Ich darf darauf hinweisen, dass die Kommission gegen einseitige Beschlüsse der Mitgliedstaaten kein Veto einlegen kann."

Das zweite Zitat stammt aus Artikel 25 Absatz 4 des Schengener Grenzkodex:

Der Gesamtzeitraum, innerhalb dessen Kontrollen an den Binnengrenzen wieder eingeführt werden können, einschließlich etwaiger Verlängerungen nach Absatz 3 dieses Artikels, beträgt höchstens sechs Monate. Liegen außergewöhnliche Umstände im Sinne von Artikel 29 vor, so kann dieser Gesamtzeitraum gemäß Artikel 29 Absatz 1 auf eine Höchstdauer von zwei Jahren verlängert werden.

Zwei Jahre Höchstdauer für Grenzkontrollen, die bereits vier Jahre lang andauern. – Sie sind Jurist, Sie waren Richter. Antworten Sie juristisch, und widerlegen Sie mich sachlich, sonst wendet sich Ihr Vorwurf der Lüge im Landtag gegen Sie selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Thomas Kreuzer (CSU): So ist es, wenn man Briefe an die falsche Stelle schreibt. Es wäre noch schöner, wenn die EU-Kommission gegen einen Antrag etwas tun könnte, wenn sie vorbeugend verhindern könnte, dass ein Land einen Antrag stellt, wie Sie es zitiert haben. So weit sind wir Gott sei Dank noch nicht, und so weit werden wir nie kommen.

Sie haben Brüssel erwähnt. Grenzkontrollen sind aber eine Angelegenheit der Schengen-Staaten. Deshalb dürfen Sie nicht bei der EU-Kommission nachfragen. Die Schengen-Staaten entscheiden im Endeffekt, ob sie die Grenzkontrollen verlängern. Wir lassen sie jedes halbe Jahr verlängern, und die Grenzkontrollen sind wieder verlängert worden. Somit sind die Kontrollen rechtmäßig. Das, was Sie sagen, ist nicht die Wahrheit. Ihre Rechtsauslegung ist doch völlig obsolet, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist keine Antwort!)

– Wenn ich eine Antwort geben würde, die Ihnen gefällt, würde mir das schwer zu denken geben.

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Florian Streibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Heimat Europa hat diese Regierungserklärung verdient. Deswegen ein Dankeschön an Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Oh!)

Meine Damen und Herren, als am 15. April dieses Jahres in Paris die Kathedrale Notre-Dame brannte, brannte auch unser europäisches Herz. Gerade wir in Bayern haben einen besonderen Bezug zur Mutter Gottes, zur Patrona Bavariae, zur Schutzherrin Europas. Deswegen waren wir alle an diesem Tag auch Franzosen. Das vermittelt das Gefühl einer europäischen Einigkeit. Deswegen ist Europa unsere Heimat.

Meine Damen und Herren, man kann sicher vieles an der Europäischen Union kritisieren, vieles kann man sicher besser machen. Eines kann man aber nicht kritisieren: Seit über siebzig Jahren haben wir Frieden, Freiheit und Wohlstand. Das hat uns diese Europäische Union gebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frieden und Freiheit sind keine historischen Geschenke, sondern das muss man sich gemeinsam erarbeiten. Für mich und uns FREIE WÄHLER ist Europa das größte Friedenswerk, das dieser Planet je gesehen hat.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Versailler Vertrag!)

Aus den nationalen Verirrungen des 19. und 20. Jahrhunderts haben wir gelernt. Wir haben aus der Not, aus dem millionenfachen Leid zweier Weltkriege, aus den Millionen Toten und dem millionenfachen Unglück gelernt. Daraus wollen wir gelernt haben, und daraus hat Europa gelernt. Deswegen haben Konrad Adenauer und Robert Schuman mit der Montanunion 1951 den Grundstein für unsere Welt, für unsere Wirklichkeit, für unser Europa von heute gelegt, an dem unser Herz auch hängt.

Meine Damen und Herren, unser Bekenntnis, das Bekenntnis zu Europa lautet: Nie wieder! Nie wieder Krieg! Nie wieder ein Verdun, wo die größte Schlacht der Geschichte dreihundert Tage und dreihundert Nächte lang im ununterbrochenen Kampf tobte, wo die Jugend Europas dahingemetzelt wurde! Nie wieder ein Auschwitz, wo ein Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes an der Menschheit begangen wurde! Aber auch nie wieder ein Hiroshima, wo auf einen Schlag eine ganze Stadt ausgelöscht wurde! Das wollen wir nie wieder haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Dr. Ralph Müller (AfD): Nie wieder DDR!)

Meine Damen und Herren, diejenigen, die dieses Friedenswerk in Frage stellen, die dieses, unser Europa zerschlagen wollen, die Mietlinge Moskaus sind, müssen sich

die Frage gefallen lassen: Wollt ihr vielleicht doch wieder? Bitte antwortet hernach darauf. Für uns, meine Damen und Herren, ist das Wunder Europa Wirklichkeit geworden. Das Wunder, innerhalb kürzester Zeit von Feinden zu Freunden zu werden, ist Wirklichkeit geworden. Dort, wo unsere Großväter und Urgroßväter noch in den Schützengräben lagen, begegnen wir uns heute in Freundschaft und Frieden.

Meine Damen und Herren, unsere gemeinsame europäische Geschichte, aus der wir gelernt haben, eint uns in Europa. Unsere gemeinsamen Werte, die Werte der Freiheit, der Gleichheit und der Geschwisterlichkeit, eint uns in Europa. Und der gemeinsame Wille, dass wir zusammenstehen, um in dieser Welt bestehen zu können und diese Welt besser zu machen, eint uns.

Wir aus Bayern haben den Gedanken des Europas der Regionen in dieses Europa eingebracht. Wir haben ein Europa der Heimaten. Die Region ist das, wo die Menschen leben, wo sie sich zu Hause fühlen. Diese Regionen müssen gestärkt werden, und sie bilden ein in Vielfalt vereintes Europa. Wir wissen, dass die Region letztlich über der Nation steht. Meine Damen und Herren, die Menschen mit ihren Besonderheiten, mit ihren Wirklichkeiten, die müssen wir in Europa mitnehmen. Das geht nur in den Strukturen des Föderalismus und der Subsidiarität, dann wird es ein Europa der Menschlichkeit. Wir, die FREIEN WÄHLER, stehen zu diesem Europa, zu diesem Europa des Friedens, der Freiheit und der Gleichheit. Wir sind überzeugt, dass dieses Europa, und nur dieses Europa, unseren Kindern, unserer Jugend eine Zukunft in Frieden, Freiheit und in Wohlstand bringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bayern liegt in der Mitte Europas, deswegen kann uns Europa nicht egal sein. Deshalb, meine Damen und Herren, gehen Sie zur Wahl, wählen Sie ein starkes, ein freies, ein demokratisches Europa zum Wohle unserer Heimat Bayern, unserer Heimat Europa!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Katrin Ebner-Steiner von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen stehen der heutigen EU aus guten Gründen skeptisch gegenüber. Sie sind der Bevormundung leid. Sie sind der Dauerpropaganda aus dem Phrasenschwein überdrüssig, wie wir es auch heute wieder aus dem Mund des Ministerpräsidenten gehört haben.

(Zuruf von der CSU: Sie waren doch gar nicht da!)

Eine Nebelkerze folgt der nächsten.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Kann es sein, dass Sie gar nicht anwesend waren?)

Bei all dem wollen Sie sich ernsthaft fragen, woher die EU-Verdrossenheit vieler Bürger herrührt? – Ich kann es Ihnen gerne erklären. Die Bürger sehen klar, sie sehen die schier unlösbaren Herausforderungen, die Sie, von den Altparteien, nicht bereit sind zu lösen, die Sie zum größten Teil sogar selbst geschaffen haben: der fehlende Grenzschutz, die Dauerkrise des Euro, der Weg in die Transfer- und Schuldenunion und nicht zuletzt das gewaltige Demokratiedefizit.

Herr Ministerpräsident, Sie nennen uns Europafeinde und sagen, wir würden verunsichern und Europa schlechtreden.

(Katharina Schulze (GRÜNE): So ist es! – Unruhe bei der CSU)

Dabei arbeiten Sie doch selbst jeden Tag an der Zerstörung Europas. In nicht wenigen Ländern wurden deshalb patriotische Parteien von den Bürgern in die Parlamente und in die Regierungen gewählt.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD)

Es ist kein Blick in die Kristallkugel nötig, um zu wissen: Die alternativen Kräfte Europas werden auch diesmal wieder die großen Gewinner sein. Wie trostlos schaut es hingegen bei den Altparteien aus? Treffender als der "SPIEGEL", der dieser Tage auf seinem Titelblatt das Konterfei der unverehrten Kanzlerin in Finsternis hüllt, kann man den Zustand Ihrer Politik nicht verbildlichen. Sie alle auf den angestammten Plätzen der Altparteien sind festgefahren. Geben Sie es doch einfach zu, Sie wissen nicht mehr weiter.

(Martin Hagen (FDP): Klappen Sie den "SPIEGEL" auf, da steht was drin über Herrn Strache!)

So ist der Ober-Europäer Juncker in Brüssel genauso gestolpert, wie auch sein möglicher Nachfolger Manfred Weber fulminant scheitern wird.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Aber keiner stolpert so wie Sie im Moment!)

Sie sind mutlos, und Sie alle kennen nur ein Rezept: Noch mehr Vereinheitlichung, noch mehr sozialistische Beglückung, noch mehr Hilfen für den europäischen Süden zulasten der erfolgreichen Nordstaaten.

Herr Ministerpräsident, ich habe es eingangs schon gesagt: Auch Sie haben heute wieder einmal das Phrasenschwein ordentlich bemüht. Ja, Europa sichert Frieden. Das ist aber die Leistung der friedlich lebenden Völker Europas und nicht die Leistung einer eurokratischen Behörde, wie Sie uns das weismachen wollen. Europa bedeutet Freiheit, aber nicht weiterer Zentralismus und Bevormundung durch die EU. Gerade das gefährdet doch unsere freiheitliche Lebensart, die in jeder Region unseres Kontinents anders ist. Was den Wohlstand angeht, so verschweigen Sie bitte nicht die monetäre Katastrophe, die uns angesichts der Transfer- und Schuldenunion noch ins Haus steht.

Schauen wir uns die Plakate des Herrn Weber an, dann wird der ganze Hohn offensichtlich. Hohle Phrasen, die im Grunde niemand ernst nehmen kann: "Mein Europa sichert Grenzen". – Ja, welche Grenzen denn, Herr Weber? "Unser Europa bringt Sicherheit". – Glauben Sie das wirklich angesichts der Millionen Wirtschaftsflüchtlinge, die aus fremden Kulturen und Rechtstraditionen nach Europa strömen? – Meine Damen und Herren, hören Sie doch endlich auf, sich selbst und das Volk zu belügen.

(Beifall bei der AfD – Katharina Schulze (GRÜNE): Hören Sie auf, so einen Unsinn zu erzählen!)

Herr Weber, Sie stehen einer Europäischen Volkspartei vor, die längst vergessen hat, was das Wort "Volk" überhaupt bedeutet.

Als Alternative für Deutschland und als Alternative für Bayern sprechen wir dagegen die Probleme der EU konsequent an. Dafür werden wir von Ihnen als "Europafeinde", als "Rechtspopulisten" und noch Schlimmeres betitelt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das sind Sie auch! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr zu Recht!)

Dabei zeichnen wir ein durch und durch positives Bild von Europa.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Allerdings ist unsere Idee von Europa eine völlig andere als die zentralistische Phantasie der Eurokraten. Aber macht uns das zu Feinden Europas? – Wohl kaum.

(Zurufe: Ja, ja!)

Unser Blick auf Europa, unsere Vision von einem Europa der freien Völker und der souveränen Staaten überzeugt Woche für Woche, Monat für Monat und Jahr für Jahr mehr Menschen. Die Bürger spüren, dass Freiheit und Souveränität unzertrennbar zusammengehören wie zwei Seiten einer schönen Medaille. Deswegen sind wir angetreten. Wir werden den Bürgern zurückholen, was im Einheitsirrsinn des europäischen

Turms zu Babel schon fast verloren scheint: unsere Selbstbestimmung und unsere freiheitliche Lebensart.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die Erledigung politischer Aufgaben kann sinnvoll nur möglichst nah am Bürger erfolgen. Subsidiarität, werte Kollegen von der CSU, lesen Sie einmal nach in der christlichen Sozialethik.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

Statt für Zentralismus treten wir dafür ein, dass die EU den Mitgliedstaaten Kompetenzen wieder zurückgibt, anstatt sich immer mehr unter den Nagel zu reißen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Bodenlos, diese AfD!)

Dazu gehört mehr direkte Bürokratie und unmittelbare Bürgerbeteiligung, zum Beispiel durch ein Bürgerveto, damit über wichtige Fragestellungen alle Bürger direkt entscheiden können. Aber auch die nationalen Parlamente müssen ein Vetorecht gegen selbstherrliche Gesetzgebungsakte der Europäischen Union haben. Ein geordneter Ausstieg Deutschlands aus der Euro-Währungspolitik ist hier nur konsequent.

(Beifall bei der AfD)

Denn die rechtliche und ökonomische Grundlage des Euro ist verletzt worden. Galt bei der Einführung nicht einmal: keine Staatsfinanzierung durch Zentralbanken, keine Haftungsunion und keine Aufweichung der Stabilitätskriterien? – Sie haben das Volk hinter Licht geführt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sehr gut!)

Eine schlanke Bürokratie braucht auch keine 28 Kommissare. Weniger Kompetenzen gleich weniger Kommissare gleich weniger Beamte gleich sparsamer Haushalt – so einfach kann das sein.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ein Sitz des Europäischen Parlaments ist genug. Wer kann den Bürgern wirklich erklären, dass für Millionen Euro aus Steuergeldern Abgeordnete und deren Mitarbeiter Monat für Monat zwischen zwei Amtssitzen hin- und herpendeln? – Welch Irrsinn!

Europa braucht zugleich einen begrenzten Gerichtshof, der die nationalen Rechtstraditionen achtet und vor allem die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit durchsetzt, der den gewagten willkürlichen Rettungsmaßnahmen zugunsten einzelner Banken oder gar einer EU-Wirtschaftsregierung Einhalt gebietet, der nur in den Fragen Entscheidungsgewalt hat, die alle Völker Europas betreffen. Viele können das eigentlich nicht sein.

Ein solches Europa der Vaterländer braucht keine plumpe Einheitssprache. Deswegen sollte unsere schöne deutsche Sprache in allen europäischen Organisationen Verhandlungs- und Verfahrenssprache werden.

(Beifall bei der AfD)

Ein solches Europa der Vaterländer würdigt die Vielfalt seiner Regionen, zu denen die Türkei mit Sicherheit nicht gehört. Daher bekennen wir, die AfD, uns ganz selbstverständlich zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet ist und die Werte des christlich-abendländischen Kulturkreises erhält. So werden wir um jede Stimme kämpfen. Wir werden gemeinsam mit anderen freiheitlich-patriotischen Parteien eine starke Fraktion im Europaparlament bilden. Gemeinsam werden wir unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere europäische Lebensart verteidigen. –Gott schütze Europa, Deutschland und unser geliebtes Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Fraktionsvorsitzenden der sogenannten "Alternative für Deutschland" zu Europa hat in Teilen abermals unterstrichen und konnte nicht verschleiern, was das Europaverständnis der Nationalisten am äußersten rechten Rand ist. Vor wenigen Wochen haben im mittelfränkischen Greding führende Vertreter der AfD die erste Strophe des Deutschlandliedes abgesungen.

(Horst Arnold (SPD): Schande!)

Der Parlamentarische Geschäftsführer, einer derer, die hier kraftvoll mitgewirkt haben, Herr Maier, hat dies in unserer letzten Plenarsitzung, ausgerechnet am 8. Mai, dem Gedenktag der Befreiung Europas und Deutschlands, als "patriotischen Akt" gerechtfertigt. "Deutschland, Deutschland über alles in der Welt, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt" – meine sehr verehrten Damen und Herren von rechts außen, Sie haben aus der europäischen und aus der deutschen Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt. Ihre Rede hat das erneut unterstrichen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN –
Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Wer "Deutschland, Deutschland über alles" singt und dies hier im Hohen Haus wie Sie, Herr Maier, als patriotischen Akt rechtfertigt, verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus, solidarisiert sich mit den Tätern und versündigt sich an der europäischen Idee von Frieden und Freiheit. Dessen sollten Sie sich bewusst werden!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Für die demokratischen Parteien hier im Hohen Hause – da greife ich den Faden des Ministerpräsidenten auf – steht fest: Bei allen unterschiedlichen Positionen, die wir hier haben und mitunter auch in einem harten parlamentarischen Schlagabtausch im gegenseitigen Respekt miteinander ausfechten, stehen die demokratischen Parteien des Bayerischen Landtags gemeinsam ein gegen diesen menschenverachtenden Na-

tionalismus, für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und für ein Europa der Versöhnung und des Miteinander, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür stehen wir gemeinsam ein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Hohes Haus, wir erfahren heute nahezu Tag für Tag etwas für meine Generation – ich bin Jahrgang 1969 – völlig Ungewohntes, etwas Neues und sehr Ernstes. Es gibt auf dem europäischen Kontinent offensichtlich keine Garantie mehr, dass das Gewohnte und bislang für selbstverständlich und sicher Gehaltene so bleiben und weitergehen kann wie bisher. Wir erleben nicht das Ende der Geschichte, wie es der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Fall der Mauer prophezeit hat: Nach dem Ende der Systemkämpfe, nach dem Ende des Kampfes des Kapitalismus gegen Kommunismus und des Warschauer Pakts gegen die NATO werde es nun einen Siegeszug der Demokratie durch die Welt geben. – Heute wissen wir: Selbst aus dem Arabischen Frühling, einer großen demokratischen Hoffnung, ist ein arabischer Winter geworden. Heute wissen wir: Überall weltweit steht die Demokratie unter Druck. Der Thinktank Freedom House hat herausgefunden, dass gegenwärtig 46 % der Menschen auf dem Erdball in einer liberalen Demokratie leben, etwa drei Milliarden Menschen. Seit 2004 ist die Demokratie stärker denn je unter Druck. Demokratien sind rückläufig. Sie erleben keinen Siegeszug durch die Welt, wie Fukuyama das prognostiziert hat. Vieles, was wir 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und 50 Jahre nach der Osterweiterung der Europäischen Union sicher wähten, ist alles andere als selbstverständlich. Der Frieden ist nicht selbstverständlich. Die Freiheit ist nicht selbstverständlich. Der Wohlstand ist nicht selbstverständlich, und auch nicht die Solidarität. Der vermeintlich sichere Frieden in Europa ist zumindest am östlichen Rand einem Unfrieden und kriegerischen Auseinandersetzungen gewichen mit mehr als 10.000 Toten in der Ostukraine, und dieser Krieg hält nach wie vor an. Vor den Toren der Europäischen Union, an den Außen-

grenzen, spielen sich menschliche Tragödien ab durch Krieg und Bürgerkrieg bis hin zum Genozid.

Europa wird in diesen Tagen, Monaten und Jahren von außen und von innen attackiert durch Handelskriege von Donald Trump und der Volksrepublik China, durch einen Propagandakrieg Wladimir Putins, der den inneren Zusammenhalt Europas zersetzen soll, und durch einen neuen Autoritarismus und Nationalismus, der eine Gefahr für die Demokratie, die unabhängige Justiz und die freien Medien darstellt.

Es hat den Anschein, liebe Kolleginnen und Kollegen, als hätten große Teile der europäischen Gesellschaft nichts aus der europäischen Geschichte gelernt. Gerade der Nationalismus zersetzt die europäische Idee von innen. Aber "Le nationalisme, c'est la guerre", wie es François Mitterrand in seiner großen Abschiedsrede im Januar 1995 vor dem Straßburger Europaparlament formuliert hat. Nationalismus führt in seiner letzten Konsequenz immer zu Krieg. Er ist schon heute eine Bedrohung des inneren Friedens unserer Völker. Er grenzt aus und spaltet. Er produziert Gegner und Feinde statt Freunde und Partner. Er produziert Hass und Egozentrik statt Liebe und Zusammenhalt. Deshalb ist völlig richtig, was Herr Kollege Streibl hier eben formuliert hat: Von dieser Regierungserklärung und deren Aussprache muss heute das gemeinschaftliche Signal ausgehen: Wehret den Anfängen! Nie wieder!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hohes Haus, der Bayerische Ministerpräsident hat heute eine proeuropäische Rede gehalten. Als Sozialdemokratie begrüßen wir das. Denn das war nicht immer so in dieser Deutlichkeit.

(Horst Arnold (SPD): So ist es!)

In den Jahren 2013 bis 2018 waren da auch ganz andere Töne zu hören. Wir begrüßen diesen Kurswechsel. Wir begrüßen diesen europapolitischen Purzelbaum, der

fast wie ein spektakulärer politischer Fallrückzieher anmutet. Wir hoffen und bauen darauf, dass er nicht allein dem Wahlkampf geschuldet ist, weil aktuell ein christsozialer Spitzenkandidat für den Vorsitz der EU-Kommission antritt. Wir hoffen, dass dies nicht nur bis zum 26. Mai andauert, sondern dass dieses klare Bekenntnis für Europa über den Tag hinaus anhalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen allerdings nicht ersparen, heute wenigstens ein Stück weit in Erinnerung zu rufen – wir wollen nach vorne schauen –, dass Ihre Politik bis vor wenigen Monaten noch eine andere war. Denn die Geister, die Bayerns Konservative in den letzten Jahren mit gerufen haben, machen sich auch hier und heute als unheilvolle Dämonen der Demokratie- und Europazerstörung breit. Es vergeht kein Jahr, in dem die CSU nicht Viktor Orbán zu Klausurtagungen eingeladen hätte. Der Rote Teppich wurde ausgerollt. Viktor Orbán wurde im neoklassizistischen Prinz-Carl-Palais abgefeiert und mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis ausgezeichnet. Es gab nicht etwa einen kritischen Dialog, sondern es gab das obligatorische Schulterklopfen in Anwesenheit der Kameras. Orbán sei ein Vorbild für Europa.

Wir erinnern uns noch, dass wenige Monate vor der entscheidenden Abstimmung im Vereinigten Königreich David Cameron von der CSU zur Klausurtagung eingeladen worden war. Frau Hasselfeldt, Herr Söder und Herr Seehofer haben sich dazu hinreißen lassen, wenige Monate vor einer entscheidenden Abstimmung zu sagen, was Cameron da mache, sei CSU-Politik pur und damit gewissermaßen vorbildhaft zu nehmen.

Ich glaube, heute ist es jedem klar: Wenn die Nationalisten das Sagen haben, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis Chaos wie im Vereinigten Königreich oder wie jüngst in Österreich; denn die Rechtspopulisten verkaufen ihr Land, ihre Nation und als Zugabe oben drauf noch ihre Großmutter, wenn es um die eigene Macht geht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Auch die unkritische, im Kern unterstützende und aus meiner Sicht völlig falsche solidarische Haltung gegenüber der Regierung in Wien war für uns von Anfang an völlig zweifelhaft. Die CSU hat ihren Wahlkampf in Europa auch dieses Mal mit Kanzler Kurz eröffnet, und sie wird ihn am kommenden Samstag im Münchner Osten mit Kanzler Kurz beschließen. Es hätte bei der einen oder anderen Einlassung der letzten Tage auch der bayerischen Konservativen der Eindruck entstehen können, dass Kanzler Kurz ein Opfer der Rechtspopulisten gewesen sei. Nein, meine Damen und Herren, er hat sich unter dem ermutigenden Beifall der bayerischen Christsozialen des Rechtspopulismus in Österreich bemächtigt. Er hat das politische Koordinatensystem in Österreich unter dem Applaus von Bayerns Konservativen nach rechts verschoben. Er wollte Macht und hat deshalb Strache und andere korrumpierbare Demokratieverächter für sich vereinnahmt. Es brauchte eben kein Enthüllungsvideo, um zu erkennen, wie demokratieverachtend die FPÖ war und ist. Kanzler Kurz ist auch heute nicht mutig. Er handelt als Getriebener, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt sich einmal mehr: In schwierigen Zeiten ist es keine gute Empfehlung, auf sich treiben lassende Konservative zu bauen. Wer im Kampf gegen rechts in Europa auf Zuverlässigkeit setzt, setzt auf jene, die das in ihren Genen haben, nämlich auf die Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer hat sehr zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es keinen Sinn hat, Europa völlig unkritisch abzufeiern; denn selbstverständlich gibt es kritische Momente, die wir besprechen sollten.

Europa wird im Moment konservativ liberal dominiert, auch im Rat. 20 von 28 europäischen Regierungen sind konservativ liberal. Das macht sich auch dahingehend be-

merkbar, dass Bürgerinnen und Bürger von Lappland bis Lissabon, 508 Millionen an der Zahl, den Eindruck haben, dass die Konzerne auf dem europäischen Kontinent in einer Art und Weise das Sagen haben, dass die Bürgerinnen und Bürger an der einen oder anderen Stelle zu kurz kommen.

Während der Bankenkrise zwischen 2008 und 2010 wurden 1,6 Billionen Euro freigegeben, um Banken zu retten, übrigens 13 % der europäischen Volkswirtschaft. 1,6 Billionen Euro, das ist eine Zahl mit 13 Stellen. Das waren alles Entscheidungen, die übers Wochenende getroffen wurden, am Samstag oder am Sonntag, weil man das Börsengeschehen nicht entsprechend beeinflussen wollte. Da habe ich Verständnis für jene Bürger, die in unsere Sprechstunde kommen und sagen: Für die habt ihr Geld, aber was ist eigentlich mit uns?

Deshalb stellen wir in den Mittelpunkt unserer Europapolitik auch das soziale Europa. Es geht darum, in gute Arbeit zu investieren und in Infrastruktur, damit Ungleichheiten abgebaut werden. Und es gilt in die soziale Sicherheit zu investieren. Das aber schaffen wir nur, wenn auf dem europäischen Kontinent auch die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken: Amazon, Google, Facebook & Co. Wir brauchen ein Mindestniveau der Besteuerung; nur so stellen wir sicher, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Der ehrliche Steuerzahler darf nicht der Dumme sein; die großen Konzerne müssen auch herangezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Steuervermeidung reden, sind wir auch sehr schnell bei der Steuerhinterziehung. Die Steuerhinterziehung in Europa verursacht gigantische Verluste von 825 Milliarden Euro. 825 Milliarden Euro entsprechen ungefähr dem Fünffachen des EU-Haushalts. Würde man den Betrag in 500-Euro-Noten stapeln, wäre der Turm am Ende rund 300 km hoch und 1.800 Tonnen schwer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb sollten wir den Kampf gegen Steuerflucht aufnehmen durch automatische Meldepflichten der Banken, das Einfrieren verdächti-

ger Guthaben sowie eine Verbesserung der Strafverfolgung bei Steuerhinterziehung. In Europa sollen nicht Lohndumping und Steuerrabatte den Wettbewerb entscheiden, sondern Talente und Ideen. Darum muss es uns gehen.

(Beifall bei der SPD)

Statt eines kalten und neoliberalen Europas, bei dem die Schwachen unter die Räder kommen, wollen wir ein solidarisches und modernes Europa, in dem gesellschaftlicher und technischer Fortschritt in Einklang zu bringen sind, wo wirtschaftliche Dynamik und ökologische Vernunft zusammengehören mit einer CO₂-Bepreisung, mit einer neuen, ökologisch ausgerichteten Landwirtschaftspolitik sowie einer besseren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Es geht um ein solidarisches Europa, wo Bildungs- und Berufschancen für die Jüngeren nicht gegen eine auskömmliche Rente für die Älteren ausgespielt werden und wo es einen Wettbewerb um die besten Innovationen für die Realwirtschaft gibt, nicht aber einen Wettbewerb um die schädlichsten Steuervermeidungsmodelle, die riskantesten Finanzkonstruktionen oder die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Ein soziales Europa muss sich darum kümmern, dass alle Generationen, egal welchen Alters, Mann oder Frau, in Würde leben und alt werden können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut, ein bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsvorsorge, bezahlbarer Wohnraum, öffentliche Infrastruktur, Zugang zu lebenslanger guter Bildung und auch das, was im Moment im Kern unserer öffentlichen Debatte steht, nämlich der europäische Mindestlohn. Auch hier brauchen wir eine Harmonisierung. Wenn wir diesen bei 60 % des Durchschnittswertes anlegen, würde der Mindestlohn auch in Deutschland auf 12 Euro steigen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss uns darum gehen, die europäische Spitzenposition in der Forschung auszubauen. Hier hat Bayern zuletzt eine Chance vertan. Der europäische Supercomputer

war ausgeschrieben worden, und wir hatten die Hoffnung nach der Regierungserklärung Dr. Söders im vergangenen Dezember, Bayern würde sich darum bewerben. Wir haben dann allerdings feststellen müssen, dass der bayerische Wissenschaftsminister Bernd Sibler zu diesem Quantencomputer, der Bayern mit an die Weltspitze geführt hätte und für den es eine Milliarde Euro an Förderung für Bayern gegeben hätte, halberzig mitgeteilt hat, eine bayerische Standortbewerbung werde es hierfür nicht geben, weil es mit Finanzierungs- und Leistungsverpflichtungen einherginge. Das ist eine vertane Riesenchance für Bayern, den Freistaat zu einem Weltstandort im Bereich Supercomputing auszubauen. Bayern bietet die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen, um den Wettbewerb mit Amerika und China in diesem Bereich aufzunehmen. Schade, dass Bayern diese europäische Chance vertan hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen es auch nicht, dass der Spitzenkandidat der CSU zur Europawahl Nord Stream 2 ablehnt, ein Jahrhundertprojekt mit allerhöchster Relevanz für Bayern, Deutschland und Europa. Bayerns Regierung weiß nicht, ob sie dafür oder dagegen sein soll. Dabei sind wir auf diese Infrastruktur in erheblichem Maße angewiesen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir sind dafür! – Alexander König (CSU): Und ob!)

Da wir aus der Kohle und aus der Atomenergie aussteigen, ist es unverantwortlich, dass der CSU-Spitzenkandidat sagt, er würde dieses Projekt stoppen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Für junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern Realität und Lebensgefühl: gemeinsame Währung, freies Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten, Freundschaften schließen über alle Grenzen hinweg. Zu Tausenden organisieren sie sich für ein starkes demokratisches und solidarisches Europa. Wir laden alle ein, sich den nationalistischen Kräften entgegenzustellen und mit uns für ein Europa des Friedens, der Freiheit, der Gerech-

tigkeit, der Solidarität und der Demokratie zu streiten. – Europa hat am 26. Mai die Wahl. Machen wir Europa besser: ein friedliches Europa, sozialdemokratisch und frei!

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Martin Hagen, der Fraktionsvorsitzende der FDP.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin von der AfD, Frau Ebner-Steiner, hat den aktuellen "SPIEGEL" zitiert bzw. auf das Titelblatt des "SPIEGEL" hingewiesen. Ich hätte ihr empfohlen, dass sie den "SPIEGEL" aufschlägt; dann hätte sie auf den Seiten 78 ff. lesen können, wie einer ihrer Freunde, Hans-Christian Strache, bereit ist, sein Land, seine Heimat für russisches Schwarzgeld zu verscherbeln. So viel zu den sogenannten patriotischen Kräften: Pfui Teufel!

(Beifall bei der FDP)

Nun ein Wort zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Ich bin erstaunt, was eine solche Wahlschlappe wie die der CSU im vergangenen Herbst an Positivem bewirken kann.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Vor weniger als einem Jahr haben Sie, Herr Ministerpräsident, vom Ende des geordneten Multilateralismus gesprochen und davon, man müsse jetzt doch nicht immer an Europa denken. Heute singen Sie das Hohelied der europäischen Kooperation und Einigung; ob das nun Ausdruck von Opportunismus oder eines echten Lernprozesses ist, möge jeder selbst beurteilen. Ich jedenfalls begrüße es sehr, dass die Bayerische Staatsregierung ihren europapolitischen Irrweg verlassen hat.

(Beifall bei der FDP)

Nicht erst das Brexit-Chaos hat uns gezeigt, dass die Rückkehr ins Nationale ein Irrweg ist. Als Italien im Jahr 2011 um europäische Solidarität bat, weil es der Masse an Flüchtlingen, die damals in Lampedusa landeten, nicht mehr Herr wurde, sagte Ihr Parteifreund, der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich, das sei kein europäisches Problem, es sei ein italienisches Problem.

Wenige Jahre später – wir wissen es alle – wurde es ein deutsches Problem. Im Jahre 2015 wären wir froh gewesen, wir hätten dieses Problem europäisch behandelt. Wir müssen endlich einsehen, dass sich die großen Probleme unserer Zeit nur im großen Rahmen lösen lassen. Sie lassen sich nur im europäischen Rahmen lösen. Das gilt für die Migration genauso wie für den Klimawandel, den internationalen Terrorismus oder auch die derzeitigen Handelskriege.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Rechtspopulisten sind nicht geeignet, seriös Verantwortung zu übernehmen, ihnen mangelt es an Integrität, und sie neigen zu Machtmissbrauch. – Herr Söder, dann klären Sie doch bitte Ihr Verhältnis zum ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán, dem Mann, den Sie jahrelang hofiert haben. Die CSU hat fast geschlossen gegen das Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn gestimmt, und Ihr Landesgruppenchef Dobrindt zeigt sich heute noch sehr enttäuscht darüber, dass Fidesz zumindest zeitweise aus der EVP ausgeschlossen wird. Herr Ministerpräsident, ich begrüße Ihre klaren Worte heute. Das hat mich wirklich gefreut. Aber wenn Sie glaubwürdig sein wollen, lassen Sie diesen Worten bitte auch Taten folgen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Mit Parteien, die die liberale Demokratie ablehnen, und mit Parteien, die die Axt an die europäischen Werte legen, kann es keine Zusammenarbeit geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Ihren Versuch, die FDP – ausgerechnet die FDP! – in die Nähe von Tsipras und anderen Linksparteien zu rücken, werte ich einfach als Ablenkungsmanöver, als Nebelkerze. Sie wollen davon ablenken, dass Ihr Verhältnis zum Rechtspopulismus in Ungarn immer noch ungeklärt ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung viel Richtiges zum Klimawandel, zum Umgang mit Migration und auch zur finanziellen Eigenverantwortung in Europa gesagt. Aber eine Aussage kann man so nicht stehen lassen. Sie haben gesagt, wenn ein Deutscher Kommissionspräsident werden kann, dann sollte man das unterstützen. Ist das wirklich Ihr Verständnis von europäischer Politik, dass die Nationalität, dass die Herkunft eines Politikers wichtiger ist als seine Eignung, als seine politische Einstellung? Wenn dem so wäre, warum haben Sie dann bei der letzten Wahl Juncker, nicht aber Martin Schulz unterstützt? – Komisch.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Weil er die Wahl verloren hat!)

Nein, meine Damen und Herren, für uns ist nicht entscheidend, woher ein Politiker kommt. Für uns ist nur eines entscheidend, nämlich: wohin er mit dem Projekt Europa will. Das ist für uns entscheidend.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von der historischen Chance, ein Bayer könne Kommissionspräsident werden. Ich sehe die historische Chance, dass eine Liberale Kommissionspräsidentin werden kann. Margrethe Vestager hat sich als Wettbewerbskommissarin mit den US-Riesen Google und Facebook angelegt. Sie steht für ein selbstbewusstes, starkes Europa, und sie hat gezeigt, dass sie bereit ist, unseren Markt genauso zu verteidigen wie unsere Werte. Das ist eine richtige, geeignete Kraft für die Führung der EU.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Nach der jüngsten Diskussion im Europaparlament kommentierte die "Tagesschau": Vestager überzeugt bei der Debatte der Spitzenkandidaten um die Nachfolge von Kommissionspräsident Juncker. Der "SPIEGEL" schrieb: Am interessantesten war der Auftritt von Geheimkandidatin Vestager. Die "Wirtschaftswoche" ging einen Schritt weiter und schrieb, Vestager sei nicht nur die interessanteste, sondern wahrscheinlich auch die geeignetste Kandidatin. In der "Süddeutschen Zeitung" heißt es: Im Vergleich zu EVP-Kandidat Weber und dem Sozialdemokraten Timmermans wirkt die Dänin moderner und zupackender.

Zupackend und modern, das brauchen wir in Europa. Wir haben am Sonntag die historische Chance, die Vorherrschaft, den Status quo der Konservativen und Sozialdemokraten aufzubrechen. Nutzen wir diese Chance. Bringen wir Europa wieder zum Leuchten!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Markus Blume von der CSU-Fraktion.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass wirklich Schicksalstage vor Europa, vor unserem Kontinent liegen. Die Europawahl ist nicht erst am 26. Mai; denn schon heute wird in Europa gewählt, nämlich in den Niederlanden und in Großbritannien, bezeichnenderweise gerade in dem Land, das die Europäische Union verlassen will. Ich meine, allein das verdeutlicht die Dramatik dieser Wahl.

Es ist ganz klar: Bei dieser Europawahl geht es nicht um Greta und Grundrente und um viele andere Dinge. Nein, es geht um die Frage, wie sich Europa in dieser Welt behaupten kann. Nicht bei jedem Wortbeitrag war ich mir ganz sicher, dass wirklich verstanden wurde, was bei dieser Europawahl auf dem Spiel steht. Dieses Europa ist

von außen durch aufstrebende Mächte, durch Nationalismen, durch imperialistische Bestrebungen bedroht. Aber es ist mindestens genauso von innen bedroht. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Ich will am 27. Mai nicht in einem Europa aufwachen, das von Populisten und Nationalisten, von Polarisierern und Spaltern dominiert wird, meine Damen und Herren. Nein, ich will am 27. Mai in einem Europa aufwachen, das für das Beste steht, was dieser Kontinent in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Hagen hat gerade gesagt, er wolle an der Spitze von Europa jemanden sehen, der weiß, wohin er mit Europa will. Ich glaube, dass wir mit Manfred Weber das überzeugendste politische Angebot haben; denn Manfred Weber zeigt uns jeden Tag, dass es kein Widerspruch ist, gleichzeitig überzeugter Bayer und überzeugter Europäer zu sein. Er sagt uns mit klarem Kurs, wohin er mit diesem Europa will. Er will nämlich ein Europa, das den Bürgern dient. Das muss die erste Bestimmung für unser Europa sein: ein Europa, das nicht irgendjemand in Brüssel genügt, nein, es muss den Bürgerinnen und Bürgern, es muss den Mitgliedstaaten der Europäischen Union genügen. Dieses Europa muss dann auch die Identitäten und die Vielfalt in Europa achten.

Manfred Weber steht für ein Europa, das uns stark macht, für ein Europa, das dafür sorgt, dass Frieden gesichert und Freiheit geschützt wird und dass natürlich auch die Grundlagen für den Wohlstand von morgen geschaffen werden. Meine Damen und Herren, Manfred Weber steht auch für ein Europa, das zusammenhält gegen die destruktiven Kräfte, die begonnen haben, sich in Europa breitzumachen, die versuchen wollen, das europäische Projekt nicht nur infrage zu stellen, sondern es abzuschaffen. Ich sage deswegen ganz deutlich: Wir sollten stolz sein, dass wir die reelle Chance, die historische Chance haben, Manfred Weber an die Spitze der Europäischen Kommission zu bringen. Das kann nicht schlecht für Europa sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang muss man auch sagen, wo Europa seine Grenzen hat. Auch das gehört zu einer ehrlichen Debatte. Europa muss wissen, wofür es steht, was die gedanklichen, die geistig-moralischen Grundlagen sind. Es muss aber auch klar sein, wo die Grenzen dieses Europas liegen. Ich habe in der heutigen Debatte darüber relativ wenig gehört.

Um deutlich zu machen, wo Europa seine Grenzen hat, müssen wir zum Beispiel auch zu einem ehrlichen Verhältnis im Umgang mit der Türkei kommen. Ich frage mich noch heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, was SPD und GRÜNE geritten hat, im Europäischen Parlament gegen den Abbruch der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei zu stimmen. Ich weiß nicht, was in der Türkei noch passieren muss, in welcher Weise dort Meinungsfreiheit noch beschnitten und Pressefreiheit eingeschränkt werden müssen, damit Sie endlich bereit sind, dieser Türkei die rote Karte zu zeigen. Wenn wir es mit den Werten der Europäischen Union ernst meinen, müssen wir auch deutlich machen, dass diese Türkei keinen Platz in der Europäischen Union hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Am 27. Mai – das sage ich aber auch ganz deutlich – möchte ich nicht in einem anderen Europa aufwachen, vor allem nicht in einem linken Europa. Das, was Frans Timmermans als Vorstellung an die Wand geworfen hat, ist ein abenteuerliches Linksbündnis, meine Damen und Herren, das irgendwo von Macron und den Liberalen bis Tsipras reicht und in Deutschland Sahra Wagenknecht und andere beliebig einschließt. Ich höre und sehe, was die SPD für dieses andere Europa vorschlägt:

(Volkmar Halbleib (SPD): Billige Nummer!)

Das sind Gedanken, lieber Herr Kollege, aus der Mottenkiste des Sozialismus. Das sind Steuererhöhungsfantasien für Deutschland und ganz Europa: Grundsteuer, Ta-

baksteuer, Hotelsteuer, CO₂-Steuer. All das wurde in den letzten Tagen in Deutschland vorgebracht. Sie haben wirklich für jeden etwas im Angebot, lieber Herr Kollege Arnold: sozialistische Umverteilungsfantasien deutscher Steuergelder, Eurobonds, ein europäischer Finanzminister und eine Arbeitslosenversicherung. Wir in Deutschland sollen dann für die Verhältnisse in anderen Ländern bezahlen. Hinzu kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Verstaatlichungsfantasien à la Kevin Kühnert.

Liebe Kollegen von der SPD, ich sage ganz deutlich: Sie wollen den Linksruck in Europa auf Kosten der kleinen Leute. Euer Kandidat mag sieben Sprachen sprechen, aber die Sprache der kleinen Leute, der hart arbeitenden Menschen versteht er nicht. Ich frage euch: Was ist aus euch geworden? Es muss euch doch alarmieren, wenn gestandene Betriebsratsvorsitzende vor einer Wahl davor warnen, SPD zu wählen. Ich sage ganz klar: Es ist nie zu spät zur Umkehr. Ich kenne niemand, der am 27. Mai in einem Kevin-Kühnert-Europa aufwachen will. Sie sollten das auch nicht wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN marschieren bei diesen Themen Seite an Seite mit der SPD und den Sozialisten in Europa. Viele neue Steuern und ein bisschen Macron – Kollegin Schulze, das ist doch ein bisschen dünn für Ihr Programm für Europa. Was gar nicht geht – das nur in aller Kürze –, sind moralischer Imperialismus und ökologischer Nationalismus. Das ist definitiv kein Programm für unser Europa. Das spaltet Europa und ist deswegen mit uns nicht zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Herr Kollege Hagen, Sie haben deutlich gemacht, für was die FDP steht und für was sie nicht steht. Eines haben Sie aber wie übrigens auch Ihr Parteivorsitzender Christian Lindner nicht gesagt: Sie waren nicht in der Lage zu erklären, auf welcher Seite Sie am Ende des Tages in Europa stehen. Sind Sie bereit, sich von Frans Timmermans vereinnahmen zu lassen, der frank und frei sagt, dass die Liberalen bei seinen Vorstel-

lungen für Europa, bei diesem Linksbündnis, von dem ich vorhin gesprochen habe, dabei sind?

(Julika Sandt (FDP): Mit wem koalieren Sie denn?)

Herr Hagen, ich sage sehr deutlich: Die Wählerinnen und Wähler in unserem Land haben einen Anspruch darauf, vor dem Wahlsonntag zu erfahren, welchem Europa Sie die Hand reichen wollen: dem Europa von Frans Timmermans und anderen, die linke Ideen umsetzen wollen, das heißt, ein linkes Europa anstreben, oder einem bürgerlichen Europa, das sich zu starken Außengrenzen, fairen Handelsverträgen und einem starken Binnenmarkt ohne Schuldenunion bekennt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen die Orbánisten von der CSU!)

Es ist nicht zu spät zu sagen, wofür Sie stehen, Herr Hagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Hagen (FDP): Lesen Sie unser Programm, Herr Blume! – Alexander König (CSU): Es gibt eine Richtungsentscheidung am Sonntag!)

Wenn ich an den 27. Mai denke, dann will ich am allerwenigsten in einem Europa aufwachen, in dem die Extremisten und Populisten den Ton angeben. Auf der rechtsextremen Seite formiert sich etwas, was niemanden von uns kaltlassen kann. Dort formieren sich nicht nur Nationalisten und Populisten; dort formieren sich die selbsterklärten Gegner Europas. Sie wollen Europa nicht nur umbauen. Nein, sie wollen Europa in dieser Form am liebsten gleich ganz beenden. Die Menschen müssen wissen: Wer an diesem 26. Mai bei uns zur Wahl geht und einer Partei wie der AfD die Stimme gibt, der gibt genau diesen Kräften die Stimme.

Man muss sich nur anschauen, mit wem Sie denn in Europa unterwegs sind – es ist heute schon gesagt worden –: Salvini, Le Pen und Strache bzw. seinem Nachfolger bei der FPÖ. Das ist wahrlich kein Klub, mit dem man sich gemein machen möchte.

Ich sage sehr deutlich: Wer an einem Europa, das den Menschen dient, Interesse hat, der kann nicht den Rechtspopulisten und den Nationalisten seine Stimme geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Speziell in Richtung der AfD sage ich: Genauso wie in Österreich und anderswo in Europa ist Ihre bürgerliche Maske längst gefallen. In Bayern bricht Ihre Fraktion auseinander. In Nordrhein-Westfalen kämpfen Sie mit illegaler Parteienfinanzierung. In Thüringen singen Sie "Deutschland, Deutschland über alles", übrigens gemeinsam mit Ihrer Fraktionsvorsitzenden. In Österreich zeigen Ihre Freunde von der FPÖ, die jetzt die Regierung verlassen müssen, wes Geistes Kindes sie sind.

Ich sage deutlich: Diese Partei ist bei der Europawahl keine Alternative, nicht für Deutschland, schon gar nicht für Europa. Sie ist und bleibt allenfalls eine Alternative zur NPD, und zwar eine besonders hässliche, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Wort noch zu Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher: Sie erwarten, dass sich jeder von Rechtspopulisten distanziert. Das haben Sie hier mit großen Worten erklärt. Damit haben Sie in der Tat einen Punkt. Dann würde ich Sie aber bitten, Ihre Augen in die eigenen Reihen zu richten. Ich finde es durchaus bemerkenswert, dass Ihre Freunde von der SPÖ in Österreich in dieser Frage alles andere als klar sind. Im Burgenland – man höre und staune! – sind FPÖ und SPÖ weiterhin in einer Koalition. Dort denkt niemand daran, diese Koalition zu beenden. Vor wenigen Tagen wurde erklärt, man werde das Arbeitsprogramm ordentlich zu Ende zu bringen.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, wenn Sie es ernst meinen, dann machen Sie keine gemeinsame Sache mit den Rechtspopulisten! Ziehen Sie eine klare Kante! Stürzen Sie nicht einen demokratisch gewählten Kanzler mit denen, die einen Beitrag dazu geleistet haben, dass es überhaupt so weit gekommen ist!

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen die Orbánisten!)

Ich sage deutlich: Mit Rechtspopulisten paktiert man nicht. Nein, man sorgt dafür, dass sie aus den Parlamenten verschwinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen die Richtigen!)

Ich darf Ihren Gedanken aufgreifen, Herr Rinderspacher: Alle Kräfte sollten zusammenstehen und Nein zu Populismus sagen. Wir sollten uns vor Augen halten, dass dieses unser Europa vor allem aus einem Grund gegründet wurde: um sicherzustellen, dass die Schrecknisse des Zweiten Weltkrieges und das, was dorthin geführt hatte, auf diesem Kontinent nie mehr einen Platz haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind wir beieinander!)

Europa wurde gegründet, um sicherzustellen, dass Nationalisten und Extremisten auf diesem Kontinent nie mehr eine Chance haben. Deshalb wünsche ich mir, dass wir gemeinsam an einer starken politischen Mitte arbeiten. Wir sollten die Mitte nicht spalten, sondern dafür sorgen, dass sie auch im neuen Europäischen Parlament die starke Stimme ist, die Europa gemeinsam gestaltet. Wir sollten Europa starkmachen, damit es uns starkmachen kann. Dazu brauchen wir ein starkes Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Herr Blume, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt Zwischenbemerkungen. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich zunächst die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion gemeldet. Frau Sandt, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Blume, Sie erwarten von uns, dass wir uns, ohne das Wahlergebnis zu kennen, zu einer möglichen Zusammenarbeit bekennen. Jetzt würde mich von Ihnen eine Antwort interessieren: Schließen Sie denn für die EVP eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Demokraten um Herrn Timmermans im Europäischen Parlament aus?

Markus Blume (CSU): Liebe Frau Kollegin, die Frage ist doch: Mit wem und mit welchem politischen Programm mache ich mich vor einer Wahl gemein, und wozu stehe ich nach dieser Wahl?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das fragen wir uns auch!)

Wir haben in Ihre Richtung eine einfache Frage gestellt, die schon Christian Lindner mit einer Gegenfrage beantwortet hat. Er hat gesagt: Diese Frage stellte sich nicht, wofür steht ihr eigentlich?

Wir sagen glasklar: Wir stehen für ein bürgerliches Europa. Wir stehen für einen klaren Schutz der Außengrenzen. Wir stehen für einen starken Binnenmarkt. Für Gedankenspiele mit irgendwelchen linken Mehrheiten und Umverteilungsfantasien stehen wir nicht zur Verfügung.

Liebe Frau Kollegin, Sie haben leider erneut eine Chance verpasst zu sagen, wofür diese FDP steht.

(Beifall bei der CSU – Martin Hagen (FDP): Zusammenarbeit mit Timmermans – ja oder nein? – Julika Sandt (FDP): Lesen Sie unser Programm, Herr Blume!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung, diesmal von Herrn Kollegen Winhart von der AfD. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Blume, ich glaube, auch an Ihnen ist nicht vorbeigegangen, dass Österreich eine eigenständige Nation, ein eigenständiges Land ist. Ich frage mich, warum Sie hier thematisieren, dass die SPÖ mit der FPÖ im burgenländischen Landtag koalitiert. Das geht uns Bayern eigentlich nichts an. Das ist eine Sache der Republik Österreich, der Menschen dort. Jetzt frage ich Sie ganz persönlich: Würden Sie es akzeptieren, wenn Ausländer sich bei uns entsprechend einmischten? Würden Sie akzeptieren, wenn andere Nationen auf bayerische Wahlen oder bayerische Koalitionen Einfluss nähmen?

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege, ich stelle einfach fest, was woanders passiert. Wenn man hier große Worte schwingt, dann muss man sich an seinen eigenen Worten messen lassen. Es wäre für die Sozialdemokraten, insbesondere für die Spitzenkandidatin Barley, jederzeit möglich zu erklären, wofür sie steht und was sie zu diesem Sachverhalt denkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hat sie doch gesagt!)

Sie sollten sich eher Gedanken darüber machen, wie Sie sich zu dem, was in Österreich passiert, verhalten, lieber Herr Kollege. Ich erkenne erschreckende Parallelen zwischen den Problemen der FPÖ und Ihren Problemen. Ich erinnere an den Spendensumpf der AfD. Strache hat in dem Video offensichtlich gesagt, dass man an Vereinsstrukturen spenden könne, um das Parteiengesetz zu umgehen. Das alles sind erschreckende Parallelen. Ich will dazu gar nicht mehr sagen. Sie sollten sich selbst prüfen, lieber Herr Kollege, was das für Ihre Reihen, für die AfD in Deutschland bedeutet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Florian Siekmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe heute hier für eine Generation, die mit der Europäischen Union aufgewachsen ist. Reisefreiheit, die Möglichkeit, überall zu studieren oder eine Ausbildung anzufangen und zu arbeiten – das alles sind Teile meines Lebens. Das gilt ebenso für die Tatsache, dass ich Freundschaften mit Menschen überall in Europa pflege. Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen: Ein Forschungsaufenthalt in einem anderen Land erweitert den eigenen Horizont, schafft Austausch zwischen den Kulturen und macht einfach Spaß.

Genau das ist es, was ich gerade bei allen Menschen, die sich für Europa einsetzen, sehe: Sie haben Spaß und Freude, für ein geeintes Europa auf die Straße zu gehen und dafür ihre Stimme zu erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Europäische Union mag nicht perfekt sein; aber sie ist schon ganz schön nahe dran. Deshalb ist es wichtig, die europäische Idee als Handlungsauftrag anzunehmen und sich diesen Handlungsauftrag nicht von den Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten aus der Hand nehmen zu lassen. Viel zu lange haben die CSU und die CSU-geführte Staatsregierung zugesehen, wie Viktor Orbán in Ungarn erst die Pressefreiheit eingeschränkt und dann den Rechtsstaat ausgehebelt hat, also genau die Werte, von denen Sie, Herr Ministerpräsident, vorhin gesprochen haben und um die es eigentlich in Europa geht. Man hat tatenlos zugesehen, wie die Europäische Union schrittweise zum Feindbild aufgebaut worden ist. Kurz vor der Europawahl haben Sie es dann über sich gebracht, Ihre EVP-Kollegen aus Ungarn von der Mitgliedschaft in der Partei zu suspendieren – befristet. Solche Wahlkampfmanöver und -kehrwenden kennen wir schon aus dem vergangenen Jahr. Damals hieß es ungefähr um dieselbe Zeit, das Ende des geordneten Multilateralismus stehe bevor und damit gleichsam das Ende der Europäischen Union.

Ich sage Ihnen: Solche Wahlkampfmanöver reichen einfach nicht aus. Wir müssen einen klaren Umgang finden mit den Staaten und Regionen, die die Werte unserer Europäischen Union verletzen. Ich bin stolz darauf, dass die GRÜNEN nicht weggeschaut haben, als es um die Pressefreiheit in Ungarn und um fragwürdige Verfassungsänderungen ging, sondern dass unsere Fraktion im Europäischen Parlament das Rechtsstaatsverfahren angestoßen und gegen die Stimmen fast aller CSU-Abgeordneten durchgebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen: Europa steht und fällt mit dem Wert der europäischen Überzeugungen in den einzelnen Regionen und Mitgliedstaaten. Wir müssen deswegen das Vertrauen der Menschen in die europäischen Institutionen erneuern. Ein Schlüssel für dieses Vertrauen ist Transparenz. Wir erinnern uns alle, auf wie viel Unverständnis die Entscheidung des ehemaligen CSU-Landwirtschaftsministers Schmidt im Bund gestoßen ist, die Genehmigung für Glyphosat hinter verschlossenen Türen weiter zu verlängern. Wir GRÜNE haben deshalb zu Beginn des Jahres auf europäischer Ebene neue Transparenzregeln eingebracht, die Ihre konservativen Kollegen in der EVP in derartige Angstzustände versetzt haben, dass sie eine geheime Abstimmung beantragt haben.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Im Europäischen Parlament war eine geheime Abstimmung nötig, um am Ende zu mehr Transparenz zu kommen. Umso dankbarer bin ich, dass wir die Abstimmung gewonnen und durchgesetzt haben, dass in Zukunft aufgezeichnet werden muss, wann welche Lobby-Organisation wie Einfluss auf Gesetze in der Europäischen Union nimmt. Meine Damen und Herren, das ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Blume, unsere Moral wird immer kritisiert. Ich frage Sie: Wie weit ist es mit der Moral Ihrer Partei her, wenn man sich derart gegen Transparenzregelungen in der Europäischen Union stellt, die sicherstellen sollen, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zuerst kommen und erst dann die Interessen der einzelnen Interessengruppen?

Europa findet aber nicht nur in der Kommission und dem EU-Parlament statt, sondern auch vor unserer bayerischen Haustür. Dafür genügt ein Blick nach Tschechien, nach Österreich oder auch in die Schweiz. Ich will, dass Europa dort zusammenwächst, wo einst die Grenzen verlaufen sind. Dafür können wir vor Ort in Bayern und hier im Bayerischen Landtag vieles leisten. Genauso selbstverständlich, wie wir heute mit

dem Auto über die Grenze fahren, möchte ich, dass dort in Zukunft auch die Bahn oder ein Bus fährt. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede von einer neuen Mobilität in Europa gesprochen, während unter dem CSU-Bundesverkehrsminister Scheuer die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien nach Lindau oder Prag im Schnecken tempo vorangeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir GRÜNE sind da schon weiter. Wir haben bereits im Jahr 2016 im Europäischen Parlament das Lückenschlussprogramm für das europäische Eisenbahnverkehrsnetz auf den Weg gebracht, um dafür zu sorgen, dass überall in Europa eine ökologische und klimaverträgliche Alternative für Mobilität angeboten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal das Thema ansprechen, mit dem ich angefangen habe und das mir sehr am Herzen liegt: Das ist der internationale Jugendaustausch. Wir haben in den Haushaltsberatungen beantragt, dafür erheblich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, weil wir damit von Bayern aus einen Impuls dafür geben können, dass in Europa miteinander gesprochen wird und dass ein Austausch zwischen den unterschiedlichen Sprachen und Kulturen stattfindet. Dem sind Sie leider nicht gefolgt. Aber nach der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und seiner Lobesrede auf Europa hoffe ich, dass dieser europäische Austausch bei den kommenden Haushaltsberatungen einen höheren Stellenwert einnehmen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Regionen stellt sich natürlich die große Frage, welchen Wert die Subsidiarität hat. Wir GRÜNE stehen dazu. Wir wollen, dass die Wasserversorgung, der öffentliche Nahverkehr und ausreichender sozialer Wohnungsbau in den Händen der Kommunen und Regionen bleiben. Das ist uns wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger vor Ort Einfluss nehmen und entscheiden können, wie das geregelt werden soll.

Subsidiarität bedeutet aber auch, dass Entscheidungen immer auf der Ebene getroffen werden müssen, auf der sie noch effizient getroffen werden können. Wir sprechen hier über die Besteuerung multinationaler Konzerne. Dabei müssen wir anerkennen, dass es in deren Wesen liegt, überstaatlich zu agieren. Das liegt schon in den Wörtern "multinationaler Konzern" begründet. Wenn man will, dass multinationale Konzerne ihren fairen Anteil zum Gemeinwesen in Europa beitragen, wie das bereits kleine und mittlere Unternehmen und jede einzelne Arbeitnehmerin und jeder einzelne Arbeitnehmer tun, schafft man das aber nur über eine einheitliche Regelung in Europa. Andernfalls verkommt Subsidiarität zu bayerischer Kleinstaaterei. Das wäre genau das Gegenteil des geeinten und handlungsfähigen Europas, das wir jetzt mehr denn je brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich bin beeindruckt, nachhaltig beeindruckt von einer Veranstaltung, die gestern Abend hier im Bayerischen Landtag stattgefunden hat und an der 200 Jugendliche, junge Erwachsene, Erstwählerinnen und Erstwähler teilgenommen haben, die mit mir und vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus darüber gesprochen haben, wie sie sich die Zukunft Europas vorstellen. Wir hatten drei Stunden lang intensive Debatten in kleinen Runden und haben als Hausaufgabe für den Europaausschuss 30 Sterne bekommen.

(Der Redner hält einen gelben Stern hoch!)

Es war eine richtige Sternstunde, bei dieser Veranstaltung dabei sein zu dürfen. Da waren junge Leute, die eine Idee von Europa haben. Ich wiederhole heute mein Versprechen von gestern Abend: Diese Sterne gehen in den Europaausschuss. Wir wer-

den darüber reden. Wir bringen sie in dieses Parlament. Eure Ideen sind bei uns gut aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am Ende dieser Veranstaltung habe ich eine Frage von einer jungen Dame, einer Redakteurin einer Schülerzeitung, bekommen: Was ist denn für Sie das Wichtigste an Europa? Wenn mir diese Frage gestellt wird, zücke ich normalerweise mein Handy und zeige den Sperrbildschirm. Warum? – Auf diesem Sperrbildschirm ist ein Foto aus dem Hof des Europäischen Parlaments in Straßburg. In der Mitte des ovalen Hofes liegt eine Glaskugel. Die Architekten wollten mit dieser Glaskugel zeigen, dass die Grund- und Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Demokratie, wie ein zerbrechlicher Schatz in der Mitte dieser Europäischen Union liegen. Für mich ist das die Antwort auf die Frage, was das Wichtigste an Europa ist, nämlich diese Grund- und Menschenrechte dauerhaft zu schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Für uns FREIE WÄHLER ist dies die Idee von Europa, von der ich immer rede. Diese Idee werde ich mir von niemandem irgendwann und irgendwie streitig machen lassen. Ich möchte diese Idee nicht aufgeben und möchte sie an meine Kinder und Kindeskin- der, an alle künftigen Generationen, weitergeben. Ich möchte die Idee Europa blühen sehen und nicht zerstört wissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Unabhängig davon müssen wir über das System Europa reden. Sicher gibt es einiges zu verändern. Wir haben bereits einen sehr guten Status erreicht, aber es gibt einiges zu verbessern. Es muss erlaubt sein, diese Punkte zu benennen. Wer etwas verändern will, braucht aber auch eine Idee von Europa. Man kann nicht sagen, dass Euro- pa schlecht ist, wenn man keine Idee liefert. Dies tun manche Kräfte hier im Hause. Es ist schade, dass Sie keine Idee von Europa haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben eine Idee von Europa. Wir wissen, was wir verändern wollen. Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach gesagt: Wir brauchen mutige Reformen in Europa. Frau Kollegin Ebner-Steiner hat einige Ideen genannt. Aber, Frau Ebner-Steiner, ich sage Ihnen aber eines: Die schlimmste Blockade, die wir gerade im Europäischen Rat erleben, verursachen Holzköpfe aus Ihrer Ecke, die nicht mehr fähig sind, Konsens einzugehen! Das ist es doch, was Europa blockiert, und nicht 28 EU-Kommissarinnen und EU-Kommissare!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Dr. Ralph Müller (AfD): Unverschämtheit!)

Zu den Reformen, die wir brauchen, gehört auch, dass wir als Europa eine Idee davon haben, wie wir nach innen, aber auch nach außen auftreten. Wir brauchen eine Idee von Europa in der Welt. Darin stimme ich vielen Vorrednern zu. Wir brauchen, gerade was Afrika betrifft, eine Strategie. Bayern ist hier vorausgegangen. Ein Afrika-Kommissar ist sicher eine gute Idee. Wir müssen aber auch an den Grundverträgen arbeiten, zum Beispiel am Abkommen von Cotonou, das verlängert werden soll. Wir brauchen einen neuen Ansatz für Afrika.

Wir brauchen in der Europäischen Union auch klare Regeln, die eingehalten werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben den Vertrag von Lissabon gelesen, alle 300 Seiten. Damit haben Sie den Finger in die Wunde gelegt; denn dieser Vertrag ist im Grunde nur ein Flickwerk. Darin wird auf die Verträge von Amsterdam und Rom verwiesen. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten den Verfassungsvertrag lesen können, ein bündiges, 500 Seiten starkes Werk, das man auch versteht. Aus diesem Werk kann ich herauslesen, was Europas Zukunft ist. Es wäre schön gewesen, wenn wir es hätten. Wir kämpfen weiter dafür, dass wir es bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe von den klaren Regeln gesprochen. Wir brauchen eine klare Anwendung dieser Regeln in der Exekutive. Das betrifft auch uns in Deutschland und Bayern. Es kann nicht sein, dass wir Regeln beschließen, die dann nicht in allen Ländern gleich eingehalten werden oder aber durch ein "Gold Plating", ein Draufsatteln, verstärkt werden. Hier müssen wir uns selbst an die Nase fassen. Hier müssen wir besser werden. Wir müssen aber auch darauf achten, dass die Gesetzgebung auf europäischer Ebene handwerklich gut gemacht wird. Beispiele wie Artikel 13 zur Urheberrechtsreform oder die Datenschutz-Grundverordnung zeugen nicht von handwerklich gut gemachter Politik. Da muss Europa in Zukunft besser liefern. Wir brauchen in diesem Bereich einen klaren Realismus, das heißt, noch mal gesagt: Europa ist kein Teufelszeug, Europa ist aber auch keine eierlegende Wollmilchsau. Das muss klar sein. Europa muss groß im Großen und klein im Kleinen sein. Wir müssen aber auch sagen dürfen, was Europa gut gemacht hat.

Greifen wir ein paar Beispiele heraus: In gut dreißig Jahren sind in Europa durch das Erasmus-Programm zehn Millionen Studentinnen und Studenten in andere Länder gekommen, haben dort studiert und Europa kennengelernt. Europa finanziert EU-weit hunderttausend Städtepartnerschaften. Meine Damen und Herren, das ist das größte Friedensprojekt, das wir uns für Europa vorstellen können. Das ist wunderbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben in den letzten fünf Jahren auch in anderen Bereichen Fortschritte erzielt. Es gibt zum Beispiel den Weg hin zum Verbot von Einwegplastik. Das ist ein sehr guter Ansatz im ökologischen Bereich. Wir haben Fortschritte gemacht. Wir sind führende Kraft beim Klimaschutz. Wir haben künftig 120.000 Menschen, die im Solidaritätskorps der Europäischen Union zusammenhelfen und gemeinsam arbeiten wollen. Wir haben rescEU, die Zusammenarbeit der Katastrophenschutzkräfte auf europäischer Ebene, die dann anpacken, wenn es irgendwo brennt. Man hält bei Waldbränden oder Überschwemmungen zusammen und hilft sich aus. Das ist doch Europa, wie es sein muss und wie es funktioniert.

Wir haben auch andere Bereiche. Im wirtschaftlichen Bereich wird der Juncker-Fonds von manchen Seiten schlechtgeredet. Aber schauen wir ihn mal an: Der Juncker-Fonds hat aktuell 400 Milliarden Euro an Investitionen in Europa ausgelöst, vor allem in den ländlichen Räumen. Das ist ein Erfolgsprojekt, von dem man reden darf. Bis 2020 werden wir auf 500 Milliarden Euro kommen. Auch das ist ein Erfolgsprojekt, das man benennen darf. Das tut Europa gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen unabhängig davon – das sage ich auch in meiner Position als Ausschussvorsitzender immer wieder – ein starkes Europa der Regionen. Wir müssen das definieren. Wir müssen das institutionalisieren. Das darf nicht nur ein Schlagwort bleiben. Für mich zählt ein selbstbewusster Landtag dazu. Wir leben das. Präsidentin Aigner ist federführend dabei, in der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten Dinge auf europäischer Ebene anzustoßen. Die Europäische Union geht auf uns ein. Auch wir als Landtag und als Europaausschuss spielen eine aktive Rolle, wenn es darum geht, als Region Bayern eine starke Stimme zu haben. Wir sind nicht nur schmückendes Beiwerk irgendwo. Als Parlament sind wir ein starker Bestandteil der europäischen Gesetzgebung. Diesen Bereich füllen wir auch aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen auch starke Regionen, wenn wir von der Kooperation mit Tschechien reden. Es ist vollkommen richtig: Da geht es um Infrastrukturprojekte. Es ist vollkommen richtig – das sagt auch unser Bauminister –, dass der Bund hier liefern muss. Dass ich heute von München nach Prag immer noch fast sieben Stunden in einem ratternden alten Zug verbringe, geht nicht. Wir brauchen eine Metropolenbahn, brauchen einen Schnellzug, eine Elektrifizierung, und das nicht irgendwann, sondern morgen!

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen aber auch Zukunftsthemen. Auch da sind wir dran. Wir müssen schauen, dass wir unseren gemeinsamen Wirtschaftsraum in Bayern und Tschechien voranbringen, dass wir makroregionale Projekte vorantreiben. Was würde sich da besser anbieten als zum Beispiel der Ausbau des 5G-Korridors oder aber auch die neue Mobilität? – Alle diese Dinge können wir gemeinsam mit den Tschechen, bei denen große Kompetenz vorhanden ist, zwischen München und Prag entwickeln. Da können wir Vorreiter für Europa sein: wir Bayern, wir Tschechen, gemeinsam im Herzen Europas!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir können auch eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik spielen. Ich begrüße deswegen die Idee einer Repräsentanz in Großbritannien, in London, die aus der Fraktion der FREIEN WÄHLER kam. Das ist ein richtiges und wichtiges Zeichen: Wir sind da, wir halten die Partnerschaft aufrecht, egal, was passiert, weil wir Großbritannien als starken Partner unserer Wirtschaft haben und auch in Zukunft behalten wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein Punkt, der von den Kollegen der SPD angesprochen wurde: Herr Rinderspacher, ich sage immer, wir brauchen wieder mehr Respekt in Europa. Ich weiß, Sie haben – wie ich – Ihre Probleme mit Orbán und all diesen Kollegen. Wir müssen sie nicht lieben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Orbán, der erfolgreich die Grenzen schützt! Damit habt ihr Probleme! Schämt euch! Das ist eine Schande!)

Aber wir müssen darauf achten, dass wir in Europa wieder mehr miteinander statt übereinander reden. Das ist mir wichtig. Wir als Bayern können eine konstruktive Rolle in Europa spielen. Wir sind im Herzen Europas. Ich liebe nicht das, was andere Regierungen machen, aber ich muss mit ihnen reden. Das war immer die Stärke Europas, dass wir uns ausgetauscht haben.

Noch mal gesagt: Ihre Vertreter im Europäischen Rat, diese Holzköpfe, kündigen die Bereitschaft zum Reden auf. Sie kündigen sie auf, nicht wir. Sie kündigen sie auf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): Vorsicht, Vorsicht!)

Ein letzter Punkt, der mir gerade im Hinblick auf die Europawahl noch wichtig ist: Wir brauchen für Europa einen verlässlichen Rückhalt. Das heißt nicht, dass wir für Europa die Werbetrommel rühren müssen. Es muss uns aber klar sein, dass wir darüber reden müssen, was wir von der Idee Europa halten. Es muss klar sein, dass wir Europa die Stange halten und wählen gehen. Es muss klar sein, dass wir bei dieser Europawahl dabei sind. Denn nur dann, wenn wir wählen gehen, haben wir auch das Recht, weiter mitzubestimmen, was Europa sein wird: ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Regionen. Es muss uns allen klar sein: Europa ist nicht irgendwo, ist nicht in irgendwelchen Hinterzimmern in Brüssel oder in Straßburg. Europa ist hier, Europa, das sind wir!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Gib's ihnen, Martin!)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, geehrter Herr Ministerpräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gotthardt, tja, Holzköpfe sind für Sie also die Menschen, mit denen Sie sich mangels Waffen intellektuell wohl nicht duellieren können.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Bravo!)

Ein sehr schöner Demokrat mein Ausschussvorsitzender!

(Dr. Ralph Müller (AfD): Eine Schande!)

– Gut, zur Sache: Unser Fraktionsvorsitzender hat es betont: Am kommenden Sonntag wird ein neues Kapitel in dieser EU aufgeschlagen: die Rückbesinnung auf ein Europa der Vaterländer. Herr Ministerpräsident, wir verzichten da auch gerne auf Schweinsbraten und Bier in Brüssel. Ausdruck dieser Rückbesinnung wird die Konstitution einer neuen und patriotischen europäischen Rechten sein. Im nächsten Europäischen Parlament wird es eine bärenstarke EAPN-Fraktion geben. EAPN steht als englisches Akronym für die Europäische Allianz der Völker und Nationen. Männer wie Meuthen und Salvini reichten sich die Hand zum Schwur,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt wird es ja komplett grotesk!)

um rechte und gerechte Politik durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Bravo, Martin! Sag es ihnen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Politik, die der Immigration in unsere Sozialsysteme Grenzen setzt und den multikulturellen Umerziehungsfantasien der saturierten Eurokraten die Grenzen aufzeigt. Rechte Politik für Recht und Ordnung auf diesem Kontinent!

(Dr. Ralph Müller (AfD): Bravo! – Margit Wild (SPD): Mir wird himmelangst! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

In den Tagen um den 8. und 9. April herum haben sich die italienische Lega, der Rassemblement National aus Frankreich, unsere AfD, acht weitere Parteien und die Freiheitlichen aus Österreich dazu bekannt, diese EU gemeinsam an Haupt und Gliedern zu reformieren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist genau die Gesellschaft, wo Sie hingehören! Damit rühmen Sie sich! Unfassbar! – Katharina Schulze (GRÜNE): Es ist so bitter, dass Sie sich mit Verfassungsfeinden zusammentun!)

– Schwätzer! – Herr Ministerpräsident, wegen der Verfehlungen Einzelner endet unsere Freundschaft zur FPÖ nicht. Selten waren Österreicher mit einer Regierung so zufrieden

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das sind korrupte Rechte, genau wie Sie!)

wie in den vergangenen 17 Monaten. Die ÖVP hat sich dabei nur treiben lassen. Denn die FPÖ war es, die bei den maßgeblichen Dingen initiativ war.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie waren das! Sie haben die Föderation der Korrupten mit aus der Taufe gehoben!)

Doch anstatt sich nur von den Protagonisten der unverzeihlichen Fehler zu trennen, biedert sich der Berufsoportunist Kurz gleich ganz und gar dem links-bourgeois Narrensaum an. So bunt gewaschen wie viele Bayern sind die Österreicher aber nicht. Sie mögen keine Interventionen von außen, schon gar nicht, wenn ein Kindskopf wie Böhmermännchen sich gemeinsam mit sozialistisch geprägten deutschen Gazetten anmaßt, in souveränen Staaten zu intervenieren, und das ganz zufällig wenige Tage vor der Europawahl: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt halten Sie auch schon Büttreden!

– Katharina Schulze (GRÜNE): Sind Sie Mitglied des "Flügels"?)

– Ihr steigender Blutdruck zeigt mir, dass meine Worte bei euch ins Grüne treffen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Super, Martin! Bravo! – Beifall und Heiterkeit bei der AfD

– Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist so bitter!)

Jeder, der sich zu den freiheitlichen Werten unserer Bayerischen Verfassung bekennt, ist per se ein Feind des Multilateralismus. Wir fühlen uns mit unserer Standhaftigkeit in guter Gesellschaft und in einer Reihe mit den Männern des 20. Mai 1949.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das die Rede vom Kollegen Müller, die Sie da vortragen? – Dr. Ralph Müller (AfD): Sparen Sie sich das, Herr Mehring!)

Denn Männer wie Lacherbauer, Meixner und Ehard hatten sich damals gemeinsam mit fast der ganzen CSU-Fraktion dieses Hohen Hauses gegen die Zustimmung zum Grundgesetz ausgesprochen, sich aber ausdrücklich zur Bundesrepublik und zur Verfassungstreue bekannt. Zuvor hatten sich am 8. Mai bereits sechs der acht CSU-Abgeordneten im Parlamentarischen Rat der zur Abstimmung vorgelegten Fassung des Grundgesetzes widersetzt. Der Herr Staatsminister Herrmann ist leider nicht mehr da. Ich könnte dem werten Staatsminister gerne eine Namensliste der sechs verstorbenen Kollegen reichen. Eventuell gibt es die Möglichkeit, diese posthum vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Warum erzähle ich das am 23.05., an dem Tag, an dem fast auf die Stunde vor genau siebzig Jahren das Grundgesetz in Kraft trat? – Weil Sie, lieber Herr Ministerpräsident, den Pfad der Eigenständigkeit unseres Freistaates schon weit verlassen haben und weil Ihre vorhin angesprochene Resozialisierung als Europaminister gründlich misslungen, um nicht zu sagen, in die Hose gegangen ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Der Geist Ihrer Vorgänger Ehard und Strauß hat Sie nicht befruchtet, auch wenn Sie in sozialen Medien gerne zeigen, wie lebensgroß das Bild des letzten wahren Landesvaters Ihr Jugendzimmer verschönert hat. Der Verrat an der bayerischen Souveränität hat auch den Namen Söder.

(Beifall bei der AfD – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Null Ahnung!)

Einzig das Verlassen der Berliner Parteienoligarchie nach Ihrer Machtübernahme in Bayern hätte die CSU bei der Landtagswahl über 45 % halten können. Dieses kleine Fenster der Zeitgeschichte hat sich schnell geschlossen. Sie haben sich mit Merkel gemein gemacht. Und nun sind auch Sie für viele Bürger ein Teil dieses links-grünen Systems.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Die CSU-Männer der ersten Stunde hatten bei ihrer kritischen Haltung zum Grundgesetz folgende Übel im Auge: permanente Angriffe auf die Eigenständigkeit Bayerns, Schmälerung der Gesetzgebungs- und Finanzhoheit, einen umgreifenden Zentralismus, zudem die Sorge, dass der Bund nicht mehr das Gebiet der Länder darstellt, sondern diese Länder zu Kindern des Bundes werden, sowie die Befürchtung, die Länder würden ihre Rechtsetzungskompetenz Stück für Stück an den Bund verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was damals von den Ihnen bedacht wurde, ist heute die Blaupause unserer Kritik an dieser EU, glänzend ausformuliert von Ihrem Amtsvorgänger, Herr Ministerpräsident. Auch in dessen Geist wehren wir uns am 26.05. gegen Eurokraten wie Timmermans und Weber, die zwar unterschiedlichen Partefamilien angehören, deren gemeinsames Gen aber der Kampf gegen die Hoheitsrechte und die Souveränität der einzelnen Staaten ist.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ein Schwachsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben konkrete Ziele, und mit einer starken rechten Fraktion im nächsten EU-Parlament sind diese Ziele auch greifbar:

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

die Rückkehr zu einer EWG vor Maastricht und die Rückverlagerung der Kompetenzen hin zu souveränen, befreundeten Vaterländern.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das zeigt, dass Sie nicht parlamentsfähig sind!)

Wirklich faire Rahmenbedingungen – lieber Kollege – für Europa wird erst ein von den Bürgern getragenes Parlament gestalten, aber bestimmt kein kleiner Kreis korrumpierter EU-Eliten,

(Widerspruch der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Dr. Ralph Müller (AfD): Ruhe!)

die ein Initiativrecht des Parlaments fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Diese EU ist so undemokratisch konstruiert, dass sie selbst der EU gar nicht beitreten könnte.

(Alexander König (CSU): Ich kann nur hoffen, dass möglichst viele Menschen hören, was Sie zum Besten geben!)

Deswegen: Alle Macht dem Volk, aber sicher nicht dem Rat und sicher nicht der Kommission! Die AfD fordert eine Rückkehr zu den Idealen der Demokratie in Europa.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Diese huldigt niemals der Herrschaft der Mehrheit, sondern dient immer dem Schutz unseres individuellen Rechts auf Selbstbestimmung und Freiheit.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Bravo, Martin! Das war sehr stark! Euch vergeht das Lachen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Markwort von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Markwort.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede die Frage aufgeworfen, was wohl Großeltern ihren Kindern erzählen würden. Ich will Ihnen sagen, was ich meinem Enkel erzähle von einer Zeit, als dieses großartige Friedensprojekt Europa noch ein Kriegsschauplatz war.

Ich bin in Rodach bei Coburg in Oberfranken in die Schule gekommen und bin drei Jahre lang aufgehetzt worden: gegen England, gegen Frankreich, gegen die Amis, gegen Russland. Es war eine permanente Propaganda. Ich erinnere mich zwar noch

gern an einen Lehrer, der fast schüchtern "Grüß Gott" gesagt hat, um nicht "Heil Hitler" sagen zu müssen. Aber andere haben uns aufgehetzt.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Ihr seid ja für "Inshallah"! – Albert Duin (FDP): Jetzt mal Ruhe!)

Ich habe nie vergessen, wie ein Lehrer gesagt hat: "Jeder Tritt ein Brit, jeder Stoß ein Franzos, jeder Schuss ein Russ!" Ich war damals schon ein neugieriger Mensch und nachrichtensüchtig. Ich habe im Alter von sechs bis neun Jahren alle erreichbaren Zeitungen gelesen, habe Radio gehört: immer dasselbe, gleichgeschaltet, nur Hetze, Hass. Es war wahnsinnig schwer, sich dagegen geistig aufzulehnen. Der eine Onkel vermisst, der andere Onkel gefallen und der Vater in der Kriegsgefangenschaft.

Das hat sich geändert, als die Amerikaner kamen. Ich verdanke den Amerikanern eine demokratische Umschulung und Erziehung. Ich war in den Amerika-Häusern, habe die freie Presse kennengelernt mit Leuten wie Hans Habe und Erich Kästner. Und ich bin dem ersten großen Liberalen meines Lebens begegnet: Thomas Dehler. Er war ein großartiger Europäer.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen muss ich mich nicht von dem jungen Herrn Kreuzer

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

in Sachen Europa belehren lassen. Thomas Dehler hat frühzeitig im Bundestag von einem Europa der starken Nationen gesprochen.

Ich möchte auch etwas zu Herrn Blume sagen. Ist er nicht mehr da? – Herr Blume, es ist unter Ihrem Niveau, zu versuchen, uns in eine seltsame Ecke zu drängen. Wer ein Politprofi ist wie Sie oder auch nur ein kundiger Zeitungsleser, der kann doch nicht annehmen, dass eine immer konsequent marktwirtschaftliche Partei mit den Enteignern und Verstaatlichern von Rot und Grün in Brüssel zusammengehen will.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist ein so abwegiges Manöver, ich kann es mir nur mit Unsicherheit erklären, mit dem Versuch, drei Tage vor der Wahl vielleicht noch ein paar Unentschlossene von der FDP zur CSU rüber zu holen.

Unsere Position ist klar: Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Europa. Der Kollege Rinderspacher beklagt, dass in Brüssel eine konservativ-liberale Regierung herrscht. Damit bin ich auch nicht einverstanden. Ich bin für eine liberal-konservative Regierung!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

Die Aussichten sind nicht schlecht. Acht Regierungschef sind Liberale. Die neue Fraktion, zu der, wie ich gehört habe, mit ein oder zwei Abgeordneten auch die FREIEN WÄHLER gehören, wird hoffentlich viel Einfluss haben. Es ist Unsinn, hier vorzugaukeln, dass der Herr Weber von der CSU Kommissionspräsident werden würde. Es ist unglaublich, dass das immer wieder behauptet wird, obwohl längst dem kundigen Thebaner klar ist, dass er das nicht wird. Es ist ein Scheinduell zwischen Weber und Timmermans, was wir erleben, mit der Illusion, das Parlament würde entscheiden. Das Parlament entscheidet nichts! Die werden sich aufregen, aber sie werden vom Rat der Regierungschefs jemanden vorgesetzt bekommen, der nicht Herr Weber ist.

Trotzdem habe ich Freude an Herrn Weber, weil er das Wahlversprechen gegeben hat, er wolle tausend Verordnungen und Gesetze abschaffen. Großartig, das ist toll! Ich fürchte, das wird nicht gehen, weil die Bürokraten der Kommission sich das nicht gefallen lassen werden. Aber wenn er statt tausend zehn abschafft, bin ich schon zufrieden.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Er könnte zum Beispiel für kleine Gemeinden und Kommunen die Schwellenwerte bei Auftragsvergaben senken. Sie werden gezwungen, auch bei kleinen Aufträgen Ausschreibungen zu machen, und kriegen keine Antwort. Das ist eine Last. Das wäre ein konkretes Beispiel.

Es wäre auch schön, wenn wir nur einen Parlamentssitz hätten. Momentan findet eine gewaltige Verschwendung statt. Stellen Sie sich mal vor, Sie alle hier müssten alle vier Wochen packen und vielleicht nach Bayreuth oder Hof ziehen.

(Alexander König (CSU): Das wäre natürlich schon schön! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

– Das wäre natürlich den Oberfranken recht. Aber das ist eine Sache des Parlaments. Wobei ich überhaupt nicht dafür bin, dass es in Brüssel sein muss. Es kann auch Straßburg sein. Der Ministerpräsident hat sich sicher von seinen Kollegen aus dem EU-Parlament schon erzählen lassen, wie viele in dieser Stadt Brüssel schon überfallen und ausgeraubt worden sind. Da ist vielleicht das Klima im elsässischen Straßburg etwas ziviler.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Zum Erfordernis der Einstimmigkeit in Steuerfragen: Es ist das Privileg der Staaten, dass sie ihre Steuern selbst einziehen dürfen. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wir wollen nicht, dass die Sparer und Sparerinnen, die mit dem Nullzins schon gestraft genug sind, auch noch von einer Transaktionssteuer betroffen werden. Sie klingt schön antikapitalistisch und gefällt sicher Herrn Kühnert, trifft aber die kleinen Leute. Die wollen wir auf jeden Fall ablehnen. Deswegen sind wir unbedingt dafür, die Einstimmigkeit in der Steuerfrage beizubehalten.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Sozialpolitik ist Sache der Länder. Wenn diese EU weiterhin mit China und den USA konkurrieren will, müssen wir wirtschaftlich stark sein. Ich bedauere zutiefst

das Ausscheiden Großbritanniens, obwohl wahrscheinlich immerhin ein Kommissar verlorenght. Herr Ministerpräsident, ich begrüße es, wenn Sie die Partnerschaft durch ein Büro in London weiter pflegen. Es sind nach wie vor Europäer, die ähnlich denken wie wir. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist ganz gut, wenn ein Ungebundener auch ein paar Worte zu diesem Bild, das gezeichnet wurde, sagt. Ich bin im Jahr 1950 als Deutscher, als Bayer und ganz selbstverständlich als Europäer geboren worden. Dazu braucht es keinen europäischen Pass, wie es die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, beschwört. Sie will lieber Europäerin als Deutsche sein.

Lieber Herr Dr. Söder, wer Europa loben möchte, muss nicht die Fehlkonstruktion der Europäischen Union lobhudeln. Eigentlich sollten Sie darauf schauen, was ein Großteil unserer Bürgerinnen und Bürger denkt. Wenn man zuhause im Wahlkreis unterwegs ist, hört man einiges. Die Europäische Union und die Euro-Währung bedeutet für viele von ihnen einen Niedergang an persönlichem Wohlstand. Von Herrn Markwort und anderen Rednern wurde schon einiges angesprochen. Denken Sie an die Problematik der Zinsen, die Auszehrung der Ersparnisse und die Preissteigerungen. Die Reallohne halten jedoch damit nicht Schritt. Im Allgemeinen macht dem Bürger die Komplexität Europas Angst. Die EU-Bürokratie ist in unserem Alltag allgegenwärtig. Beantragen Sie ein KfW-Darlehen, dann wissen Sie, was ich meine – Formblätter über Formblätter. Ähnlich geht es den Gewerbetreibenden, wie den Metzgern, wenn es um Hygiene- oder andere Vorschriften geht.

Es gab auch vor dieser Europäischen Union ein Europa. Dieses Europa hat auch gut funktioniert. Dieses Europa hat einen guten Export und Handel mit den Nachbarländern und weltweit betrieben. Das ist nicht das Verdienst eines Zusammenschlusses in Form der EU, in dem alles von oben diktiert wird, sondern derer, die Innovation und Fleiß in dieses Europa einbringen und auch in Zukunft einbringen werden.

Derzeit erleben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und vielen anderen Ländern Europas eine Deindustrialisierung. Als Metapher für die Überreglementierungen sowie Kontroll- und Sanktionsverfahren erleben sie eine geknebelte Landwirtschaft. Außerdem gibt es planwirtschaftsähnliche Gängelungen. Das darf nicht so weitergehen.

Herr Kreuzer hat recht, wenn er sagt: Wir Deutsche sind zum Bezahlen und viele andere zum Kassieren da. Genau dies bewegt viele Bürger. Er hat auch recht, wenn er sagt, dass die große Zahl an Migranten ungut und ungesund sei. Das wollen die Deutschen im alltäglichen Leben nicht ständig vor Augen haben. Das muss sich ändern. Die jährlichen Kosten gehen in die Zigmilliarden. Der Bürger will das nicht länger bezahlen, wenn es ihm selber nicht so gut geht, wie es immer herbeigeredet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa hat nicht zu mehr Sicherheit geführt. Das habe ich früher in meinem Beruf gesehen. Heute kann man es den Medien entnehmen: organisierte Clan-Kriminalität und Terrorismus. Sie wissen, was ich damit meine. Selbstverständlich hat die illegale Zuwanderung auch einen Kriminalitätszuwachs bei Gewaltverbrechen bewirkt. Mittlerweile zeigt dies die Kriminalstatistik deutlich. Nicht nur die Wohnungsnot geht mit der Vielzahl der Migranten einher.

Viele Menschen – das hat Herr Streibl gesagt – haben Frieden und Freiheit erlebt. Das ist ganz unzweifelhaft ein Verdienst Europas.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Sie kommen an das Ende Ihrer Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) – Jawohl. Da sage ich ihm: Die Menschen haben auch etwas anderes erlebt, nämlich Orientierungs- und Identitätsverlust. Wer weiterhin ein friedliches Europa haben möchte, der darf sich nicht gegen den Populismus verschwören, sondern sollte Ignoranz vermeiden und den Bürger ernstnehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Denken Sie an de Gaulle, der gesagt hat: Es lebe Deutschland, es lebe Europa! – Ich füge hinzu: Es lebe Bayern!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir machen nun eine halbe Stunde Mittagspause. Es geht um 13:45 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 13:15 bis 13:47 Uhr)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen.